

Abstimmungsheft

4. Tagung des 6. Landesparteitages
Bernburg, 20. Oktober 2018

DIE LINKE.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Abstimmungsheft sind alle eingegangenen Änderungsanträge an den jeweiligen Stellen eingearbeitet.

Der Landesvorstand hat zum Leitantrag „Willkommen“ und zum Antrag „Für ein Europa der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens“ beraten.

Der Landesvorstand übernimmt einen Teil der Änderungsanträge dazu komplett, teilweise oder sinngemäß – dies ist unter dem jeweiligen Antrag entsprechend notiert.

Die nicht übernommenen Änderungsanträge sind grau unterlegt.

Neu – Ersetzt Seite 6 im Antragsheft!

Entwurf

Tagesordnung

**der 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg**

1. Eröffnung
2. Konstituierung des Landesparteitages
(Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplanes)
3. Rede des Landesvorsitzenden Andreas Höppner
(Einbringung Leitantrag „Willkommen“ und Kommunalpolitische Leitlinien 2019)
4. Aussprache zur Rede des Vorsitzenden, zum Leitantrag „Willkommen“ und zu den
Kommunalpolitischen Leitlinien 2019
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Beschlussfassung zum Leitantrag
7. Einbringung Antrag Europa
8. Aussprache zum Antrag Europa
9. Beschlussfassung zum Antrag Europa
10. Wahl der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden
11. Nachwahl eines Mitgliedes für die Landesfinanzrevisionskommission
12. Behandlung von weiteren Anträgen und Beschlussfassungen
13. Schlusswort

Neu – Ersetzt die Seiten 7 und 8 im Antragsheft!

Entwurf

Zeitplan

**der 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg**

| | |
|-----------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 10:00 Uhr | Eröffnung durch Lothar Boese – Kreisvorsitzender Salzlandkreis |
| 10:10 Uhr – 10:20 Uhr | Konstituierung des Landesparteitages <ul style="list-style-type: none">• Bestätigung der Tagesordnung• Bestätigung des Zeitplanes |
| 10:20 Uhr – 10:40 Uhr | Rede des Landesvorsitzenden Andreas Höppner <ul style="list-style-type: none">• Einbringung des Leitantrages „Willkommen“ und der Kommunalpolitischen Leitlinien 2019 |
| 10:40 Uhr – 12:50 Uhr | Aussprache zur Rede des Vorsitzenden, zum Leitantrag und zu den Kommunalpolitischen Leitlinien 2019 |
| 12:50 Uhr – 12:55 Uhr | Bericht der Mandatsprüfungskommission |
| 12:55 Uhr – 13:15 Uhr | Beschlussfassung zum Leitantrag „Willkommen“ |
| 13:15 Uhr – 14:00 Uhr | Mittagspause |
| 14:00 Uhr – 14:10 Uhr | Kultureller Act |
| 14:10 Uhr – 14:30 Uhr | Einbringung Antrag Europa |
| 14:30 Uhr – 15:30 Uhr | Aussprache zum Antrag Europa |
| 15:30 Uhr – 15:40 Uhr | Beschlussfassung zum Antrag Europa |
| 15:40 Uhr – 16:00 Uhr | Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden |
| 16:00 Uhr – 16:15 Uhr | Wahl der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden |

| | |
|-----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| 16:15 Uhr – 16:35 Uhr | Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesfinanzrevisionskommission |
| 16:35 Uhr – 16:50 Uhr | Wahl eines Mitgliedes für die Landesfinanzrevisionskommission |
| 16:50 Uhr – 17:20 Uhr | Kaffeepause |
| 17:20 Uhr – 17:25 Uhr | Bekanntgabe der Wahlergebnisse der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden |
| 17:25 Uhr – 17:30 Uhr | Bekanntgabe der Wahlergebnisse eines Mitgliedes für die Landesfinanzrevisionskommission |
| 17:30 Uhr – 19:00 Uhr | Behandlung von weiteren Anträgen und Beschlussfassungen |
| 19:00 Uhr – 19:10 Uhr | Schlusswort |
| 19:10 Uhr | Ende des Parteitages |

3
4
5
6 **Leitantrag**

7
8 **an die 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei**
9 **DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg**

10
11
12
13 **Willkommen!**

14
15 **Aufruf zur Kommunalwahl 2019 in Sachsen-Anhalt**

16
17
18 **Antrag-Nr. 2.1.**

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 18:

Das Wort „schön“ ersetzen durch „**gut**“.

Der Satz heißt dann: Du willst Dich einmischen, weil Du vieles **gut** und ...

Begründung: Die Bedeutung des Adjektivs schön beschreibt vorrangige Äußerlichkeiten.

18 Du willst Dich einmischen, weil Du vieles schön und erhaltenswert findest, vieles aber Dich
19 auch nervt und frustriert?

20
Antrag-Nr. 3.1.

Antragsteller*innen: Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 21 und 22:

Den Satz „Du siehst auch, dass die wenigen Superreichen zu viel Macht und Geld haben und Du willst daran etwas ändern?“ ersetzen durch:

„Du findest Dich nicht damit ab, dass der Wohlstand unserer Gesellschaft nicht genutzt wird, um Armut zu bekämpfen und jedem ein schönes Leben zu ermöglichen?“

Begründung:

In den ersten Fragen sollen die großen Linien linker Politik aufgezeigt werden. Die aktuelle Formulierung lässt sich dabei aber ohne Not auf eine Negativbestimmung ein. Wir laden geradezu zum Vorwurf ein, wir würden nur Politik „gegen Reiche“ und „gegen Reichtum“ machen. Darum schlagen wir eine Positivbestimmung vor: Linke Politik will den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum nutzen, um Armut zu beseitigen, um das Leben der Menschen zu verbessern. Nicht die Reichen sind unser Problem, sondern die Armut. Wir hassen nicht den Reichtum, sondern wenden uns dagegen, dass er nicht allen zugänglich ist. Unser Wahlkampfeslogan lautete ja zu Recht: Reichtum für alle!

Zumal für einen Kommunalwahlauf Ruf mit dem Finger auf die Superreichen zu zeigen, wie ein geradezu weltfremder Kommentar aus der linken Filterblase erscheint. Die Probleme der Menschen in Wiedersdorf sind sicher nicht gelöst, wenn man die vielen ansässigen Milliardäre aus diesem Ort vertreibt.

21 Du siehst auch, dass die wenigen Superreichen zu viel Macht und Geld haben und Du willst
22 daran etwas ändern?

23

Antrag-Nr. 2.2.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 24:

„... wieder denkbar ist?“ ersetzen durch **„Normalität zu werden scheint?“**

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Dich treibt es um, dass Krieg auch wieder in der Mitte Europas denkbar ist?“

24 Dich treibt es um, dass Krieg inmitten unserer Welt wieder denkbar ist?

25

26 Du nimmst dir Zeit, Nachrichten zu lesen und auch zu hinterfragen, warum die Welt so ist, wie
27 sie ist?

28

29 Dich ärgern Schulschließungen, steigende Kita-Gebühren, Warteschlangen beim Arzt, lahmes
30 Internet und zu wenig Bus- und Bahnangebote?

31

32 Dich beschämt es, dass Kinder aus Geldmangel nicht am Schulausflug teilnehmen können?

33

34 Du willst was tun gegen das „Abgehängt-Sein“ ländlicher Regionen?

35

Antrag-Nr. 2.3.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 36:

„Du willst wissen, ...“ ersetzen durch **„Du sorgst Dich, ...“**

Begründung: Wir wissen um die Probleme und diese bereiten uns Sorgen.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Dich besorgt, wie lange deine Nachbarin beim Arzt gewartet hat und wie sie hin- und zurückgekommen ist?“

36 Du willst wissen, wie lange deine Nachbarin beim Arzt gewartet hat und wie sie hin- und
37 zurückgekommen ist?

38

39 Du traust Dich, Deinen Nachbarn zu fragen, ob sein Hartz IV ausreicht, um die Zuckertüte
40 seiner Tochter zu füllen?

41

42 Wir auch.

43

44 Darum sind wir DIE LINKE.

45

46 Du bist bei uns richtig, wenn Du auch so denkst, siehst und fühlst: **Willkommen bei der**
47 **LINKEN!**

48

49 Wir sind im Europaparlament, im Bund, den Ländern und in den Kommunen politisch aktiv,

Antrag-Nr. 3.3.

Antragsteller*innen: Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt

Zeile 50:

„... wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Wasserkopf auf die Füße stellen.“ Ersetzen durch:

„ ... **wir wollen Politik wieder vom Kopf auf die Füße stellen.**“

Begründung:

Vermeintlich „krankhafte“ Teile unserer Gesellschaft zu beschreiben, ist ein hetzerischer Sprachgebrauch, den DIE LINKE nicht nötig hat und der gerne dem Ton der Gaulands und Höckes vorbehalten bleiben darf, aber bestenfalls vollständig aus der politischen Kultur verschwindet.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„... wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Kopf auf die Füße stellen.“

50 aber wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Wasserkopf auf die Füße stellen.

51 Wir nehmen nicht länger hin, dass die Reichen und Bürokraten sich „OBEN“ nennen, und die
52 mit vielen Ideen aber wenig Geld „UNTEN“ genannt werden.

53

54 Wir haben ein gerechtes Steuerkonzept, das Geld von „OBEN“ nach „UNTEN“ holen kann und
55 den Kommunen wieder Luft zum Atmen gibt.

56

Antrag-Nr. 2.4.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeilen 57/58:

Ersatzlose Streichung des kompletten Satzes „Wenn alle Bürgermeister/innen“

Begründung: Unsere Bürgermeister/innen werden kaum die Kriege auf der Welt beenden können.

57 Wir sind eine engagierte Friedenspartei. Wenn alle Bürgermeister/innen der Welt von ihren

58 Einwohner/innen einen klaren Friedensauftrag bekämen – wo sollte da Krieg entstehen?

59

Antrag-Nr. 2.5.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 60:

„Infrastruktur“ ersetzen durch „**Daseinsvorsorge**“.

Der Landesvorstand übernimmt.

60 Wir wollen eine bessere Infrastruktur. Wir wollen, dass die Dinge, die wir im Alltag brauchen,
61 auch für alle zugänglich sind – von A wie Autobus über H wie Hebamme, K wie Kaufhalle bis Z
62 wie Zahnarzt – in Städten und in den ländlichen Räumen.

63 Was alle brauchen, muss öffentlich sein.

64

65 Bei den Kommunalwahlen treten wir an, um dem Trend „Sparen um jeden Preis“ ein Ende zu
66 setzen. Wir wissen, dass zu einer lebenswerten Stadt und einem lebenswerten Dorf mehr
67 gehört als ein ausgeglichener Haushalt.

68

69 Jeder Ort hat seine Besonderheiten, für die es sich zu kämpfen lohnt. Aber es gibt auch
70 Forderungen, die im ganzen Land gelten:

71

Antrag-Nr. 2.6.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 72:

Nach „Anerkennung“ einfügen „**und Unterstützung**“; vor „ehrenamtlich“ ein „**z.B.**“
einfügen.

Der Satz heißt dann: „**Wir brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für die
Menschen, die sich z.B. ehrenamtlich in ...**“

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

***„Wir brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für die Menschen, die sich
ehrenamtlich in Feuerwehr, Sportvereinen und sozialen Projekten engagieren.“***

72 Wir brauchen mehr Anerkennung für die Menschen, die sich ehrenamtlich in Feuerwehr,
73 Sportverein und sozialen Projekten engagieren.

74

75 Wir brauchen mehr Personal in Schulen, damit kein Unterricht ausfallen muss.

76

77 Wir brauchen gebührenfreie Kitaplätze, die auf kurzen Wegen erreichbar sind.

78

Antrag-Nr. 2.7.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 79:

Vor „Angebot“ einfügen „**breites**“; „das denen nutzt, die es nutzen wollen“ ersetzen durch
„**das viele nutzen**“; einfügen von „**zumindest**“ nach „und das“.

Der Satz heißt dann: „**Wir brauchen ein breites Angebot an Bus und Bahn, das viele
nutzen und das zumindest für die Kinder kostenfrei ist.**“

Antrag-Nr. 3.4.

Antragsteller*innen: Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 79 und 80:

„Wir brauchen ein Angebot an Bus und Bahn, das denen nutzt, die es nutzen wollen und das für die Kinder kostenfrei ist.“ ersetzen durch:

„Wir brauchen Bus und Bahn, fahrscheinlos und mehr davon: Besonders auf dem flachen Land.“

Begründung:

Aus sozialen und ökologischen Gründen wollen wir es allen Menschen ermöglichen, ohne Auto leben zu können (nicht zu müssen!). Für jene, die sich Mobilität und damit auch ein ganzes Stück sozialer Teilhabe nicht leisten können, für jene, die nicht selbst fahren können oder wollen, geht das nur fahrscheinlos.

Damit so ein Angebot eine brauchbare Alternative zum Individualverkehr ist, benötigen wir einen starken Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere im ländlichen Raum.

Auch das wird nicht über die Orientierung an Ticketverkäufen zu organisieren sein: Es braucht andere, fahrscheinlose Finanzierungskonzepte. Der fahrscheinlose ÖPNV wird zu oft als Konzept nur für die Städte verhandelt. Dabei böte er die Chance, im ländlichen Raum überhaupt wieder ein Angebot, sogar ein attraktives ÖPNV-Angebot zu schaffen. In Estland, wo Internet übrigens ein Grundrecht ist, machen 11 von 15 Landkreisen vor, wie es gehen könnte.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Wir brauchen ein breites Angebot an Bus und Bahn, das denen nutzt, die es nutzen wollen und das für die Kinder kostenfrei ist. Unserer Zukunftsvorstellung ist ein generell fahrscheinloser ÖPNV.“

79 Wir brauchen ein Angebot an Bus und Bahn, das denen nutzt, die es nutzen wollen und das
80 für die Kinder kostenfrei ist.

81

82 Wir brauchen einen Internetausbau ohne weiße Flecken auf der Landkarte.

83

84 Kurzum, wir brauchen eine Kommune, in der der Mensch und nicht das Geld im Mittelpunkt
85 steht.

86

87 Wir haben nicht den Stein der Weisen, aber wir kämpfen für unsere Ideen, wir suchen nach
88 Mehrheiten für unsere Vorschläge. Wenn Du Dich für Deine Stadt, Deinen Landkreis, Dein
89 Dorf – kurzum für Deine Nachbarschaft engagieren willst:

90

91 **Willkommen bei uns.**

92

93

94

95

96

97

98 **Wir können Vieles, nur nicht abheben**

99

100 Nicht erst seit den Kommunalwahlen von 2014 arbeiten wir als LINKE in den Kreistagen, in

Antrag-Nr. 2.8.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 101:

Streichung von „sind es zumeist, die“; Umbau des Satzes wie folgt:

„Wir denken und handeln aus der Sicht der Benachteiligten.“

101 Stadt- und Gemeinderäten. Mehr noch: Wir sind es zumeist, die aus der Sicht der

Antrag-Nr. 2.9.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 102:

Streichung „Wir müssen auch über kommunale Unternehmen mitentscheiden, aber wir haben“, Umbau des Satzes wie folgt.

„Wir stellen alle unsere Entscheidungen auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit und das bleibt auch so.“

102 Benachteiligten denken und handeln. Wir müssen auch über kommunale Unternehmen
103 mitentscheiden, aber wir haben alle unsere Entscheidungen auf den Prüfstand der sozialen
104 Gerechtigkeit gestellt, und das bleibt auch so.

105
106 Öffentliche Fraktionssitzungen, lebendige Bürgerbüros, Agieren im öffentlichen Raum und
107 „zuhören-können“ waren und sind Markenzeichen linker Kommunalpolitik. So ist uns nicht
108 entgangen, dass wir – vor allem im ländlichen Raum – an Einfluss verloren haben. Allerdings:
109 Aus unserer PDS-Geschichte haben wir die Erkenntnis bewahrt: Wir können aus
110 selbstgemachten Fehlern lernen.

111

112

113 **Gestaltung des Lebens in Gemeinden und Städten wiedergewinnen**

114

115 Kommunale Selbstbestimmung hat durch den Einfluss von Banken, Konzernen und
116 Aktionären Schaden genommen. Eine „Entmündigungsbürokratie“ auf vielen
117 Verwaltungsebenen steht denen dabei stets zu Diensten. Wir werden die Welt nicht aus
118 Arendsee oder Zeitz retten. Aber deshalb werden wir noch lange nicht den Mund halten über
119 Zustände, die wir ungerecht finden. Solange sich Banken und Krankenhauskonzerne in
120 unseren Alltag einmischen, nehmen wir uns das Recht, deren Misswirtschaft zu stören.
121 Deshalb wollen wir überall mündigen und selbstbewussten Bürger/innen kreative und
122 zuverlässige Partner sein.

123

Antrag-Nr. 3.7.

Antragsteller*innen: Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 124 bis 127:

„Wir stehen deshalb für eine Kooperation mit demokratischen Parteien und Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen, fortschrittlichen Arbeitsgemeinschaften, Sportvereinen und vielen anderen.“

„Kirchen“ streichen.

Begründung:

Warum sollten wir als Linke die Kooperation mit Kirchen fordern? Dass wir den jeweiligen AkteurlInnen für jede gesellschaftlich notwendige Hilfe dankbar sind und ihnen deshalb in

bestimmten Fragen und Konflikten solidarisch zur Seite stehen, selbstverständlich. Aber aus der realen Not eine Tugend und sogar eine linkspolitische Forderung machen zu wollen, ist abzulehnen.

Eine Auswahl von Gründen gegen eine Kooperation mit der Kirche:

- Ja, die Kirche erfüllt vielerorts notwendige soziale, medizinische und psychologische Funktionen, aber eben als Gönnerin. Sie tut dies um der Menschen unsterblicher Seelen und deren Rettung Willen. Wir als aber Linke, die wir von der Gleichheit, Freiheit und Vernunftbegabtheit der Menschen ausgehen, sowie davon, dass sie grundsätzlich gut sind und dass lediglich die mitunter furchtbaren Umstände sie formen wollen Menschen helfen, weil sie Menschen sind und ihre Unversehrtheit und Würde ihr unteilbares Recht ist. Wir wollen sie keinem "rechten Glauben", dem Herrn, der Erlösung oder was auch immer Zuführen, sondern streben Bedingungen an, in denen sie frei und selbstbestimmt in Würde leben und entscheiden können.

- Am Leid im Diesseits will die Kirche nichts ändern, sie will allenfalls die Schmerzen, die dessen Konsequenz sind, lindern. Wir als Linke sollten aber an die Ursachen von Leid und Unterdrückung gehen, um es zu beenden. Daran hat die Kirche kein Interesse, denn vielerorts ist sie selbst Teil der Herrschaftsmechanismen und genießt dadurch Einfluss und Privilegien.

- Sie unterteilt Menschen und befördert ideologisch Ungleichheit: Frauen sind dem Manne unterzuordnen und Homosexuelle sind mindestens unnormale, wenn nicht gar krank. Auch wenn viele sagen, dass diese Ansichten überholt seien und den Alltag von Gläubigen nicht beeinflussen würden, so werden diese Positionen doch auch von vielen von ihnen mehr oder weniger geheim geteilt und sie finden sie in Schrift, Liturgie und Predigten immer wieder auch bestätigt. Unter Hilfe für diese Menschengruppen versteht die Kirche nicht sie auf dem Weg zur uneingeschränkten Wahrnehmung ihre Menschen- und Bürgerrechte zu unterstützen, sondern Ablenkung im Ehrenamt oder Heilung.

- Wenn die Linke will, dass Aufgaben und Dienste, die für alle erledigt und bereitgestellt werden müssen, in die öffentliche Hand gehören, dann dürfen diese Dinge nicht von der Gönnerschaft einer Kirche abhängen, denn:

a) das kann bedeuten, dass diese zu jeder Zeit bestimmen kann, wer als Kind in ihren Kitas und Schulen oder Freizeitclubs oder als PatientIn in ihren Kliniken und Pflegeheimen erwünscht ist und wer nicht. Spätestens, wenn die Plätze, Betten oder Medikamente dort einmal rar werden, werden wir sehen, welche Menschen aufgrund ihres "Lebenswandels" die schlechteren Chancen haben.

b) die restliche Gesellschaft und Politik kaum Einblick und keinerlei Kontrolle hat, welche Lehren und Normen in Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft gegenüber Kindern, Schutzbefohlenen, Patienten uvm. vermittelt werden und welche davon für die Mitarbeitenden in ihren Entscheidungen bei der Betreuung leitend sind. Willkür ist damit Tür und Tor geöffnet.

c) es ist weiterhin nicht kontrollier- oder sanktionierbar, wie sich die Kirche als ArbeitgeberIn verhält. Haben zum Beispiel ledige Mütter die gleichen Chancen eingestellt zu werden und aufzusteigen, wie ihr verheirateter, männlicher Mitbewerber? Was, wenn eine Einrichtung in kirchlicher Trägerschaft sich am Mindestlohn vorbeimogelt? Klar können wir jahrzehntelang Tarifverträge mit kirchlichen TrägerInnen aushandeln, wobei deren MitarbeiterInnen aus Angst vor Ablehnung in der Gemeinde, auf deren Gemeinschaftszusammenhang sie allzu oft in existentieller Weise angewiesen sind, wohl kaum sehr streikfreudig sein werden, um diese Verhandlungen zu befeuern - oder wir geben öffentliche Aufgaben auch einfach in die öffentliche Hand bzw. belassen sie dort, wo

sie noch dort ist. Wo Zusammenarbeit mit einem kirchlichen Träger die einzige Option ist, ist und bleibt sie ein notwendiges Übel und darf für eine emanzipatorische Linke kein Zukunftsmodell und erst recht keine politisch-programmatische Forderung sein. Eine wirklich soziale öffentliche Daseinsvorsorge ist frei, unabhängig und in öffentlicher Verantwortung und Kontrolle.

124 Kein Gemeinderat, keine Fraktion kann Kommunalpolitik ganz allein machen. Wir stehen
125 deshalb für eine Kooperation mit demokratischen Parteien und Bewegungen,
126 Gewerkschaften, Kirchen, fortschrittlichen Arbeitsgemeinschaften, Sportvereinen und vielen
127 anderen. Wir sind nicht zu gebrauchen für irgendeine Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten
128 oder Rechtsextremisten. Wir wollen Protest auch in den Kommunen mit demokratischer

Antrag-Nr. 2.10.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 129:

Nach „Veränderung“ einfügen: **„Veränderung, neuen Ideen und klugen Konzepten begegnen“** ...

Antrag-Nr. 2.11.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 129 ff:

Ersatzlose Streichung der nachfolgenden beiden Sätze ab „Auch in der Kommunalpolitik ...“ (Zeilen 130 und 131)

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Wir wollen Protest auch in den Kommunen mit demokratischer Veränderung und neuen Ideen begegnen, nicht auf dem Weg in's Rückwärts-Deutschland. Auch in der Kommunalpolitik bedarf es vieler Alternativen für Deutschland. Dieser „Alternative für Deutschland“ bedarf es nicht.“

129 Veränderung begegnen, nicht auf dem Weg in's Rückwärts-Deutschland. Auch in der
130 Kommunalpolitik bedarf es vieler Alternativen für Deutschland. Dieser „Alternative für
131 Deutschland“ bedarf es nicht.

132
133 Mit öffentlichen Verwaltungen wollen wir gut aber auch kritisch zusammenwirken. In den
134 kommunalen Eigenbetrieben soll es fair und sozial zugehen.

135
136

Antrag-Nr. 2.12.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 137:

Überschrift „Was alle brauchen ...“ ersetzen durch: **„Kultur und Bildung stärken“**

Begründung: Dies beschreibt den Inhalt des Absatzes besser.

137 **Was alle brauchen, soll öffentlich sein**

138

139 Bildungszugang spaltet mehr und mehr die Gesellschaft. Wir wollen eine Schule für alle, sonst
140 verschenken wir Talente. Deshalb brauchen wir auch weiter die Schule im Ort, kurze Wege für
141 kurze Beine. Schulverlust ist Kulturverlust, ist verschenkte Zukunft. Wir wissen, dass der
142 Erhalt aller Schulen schwierig ist, aber wenn Finanzminister Schulpolitik machen, geht das

Antrag-Nr. 2.13.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 143:

Ersatzlose Streichung des Satzes: „Der Weg mit dem Bus ...“

Begründung: Widerspruch zu Zeile 79/80

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Der Weg mit dem Bus zur Schule muss kürzer werden.“

143 einfach schief. Der Weg mit dem Bus zur Schule muss kürzer werden und bezahlbar bleiben.
144 Wir fordern vom Land ein Anreiz-Programm für Lehrer/innen im ländlichen Raum.

145
146 Unser Sachsen-Anhalt hat bedeutende wissenschaftliche Kapazitäten. Deshalb setzen wir uns
147 für deren Weiterentwicklung ein. Viel reicher können wir im Land vielleicht nicht werden, viel
148 klüger auf jeden Fall.

149

Antrag-Nr. 2.14.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 150 ff:

Nach „Kulturland“ den Punkt durch einen Doppelpunkt ersetzen; Zeile 151ff Ab
„Industriegeschichte“ erweitern und Satzumbau wie folgt:

**„Wir leben in einem Kulturland: Theater, ... eine bedeutende Industrie-,
Kulturgeschichte und vielfältige Traditionen. In linker Kommunalpolitik steckt viel
Kulturpolitik, für die wir mit Leidenschaft und Sachverstand streiten.“**

150 Wir leben in einem Kulturland. Theater, Orchester, Museen und Musikschulen, Naturdenkmale
151 und eine bedeutende Industriegeschichte, eine lange Tradition des Lebens am Fluss. In linker
152 Kommunalpolitik steckt viel Kulturpolitik, mit Leidenschaft und Sachverstand, manchmal auch
153 mit Trotz.

154
155 Überall brauchen wir eine gute Förderung von Mobilität. Die Dörfler sollen in's Theater
156 kommen, und die Städter zum Erntefest. Für Bahn und Radwege haben wir richtig gute Ideen.

157

158

Digital oder abgehängt

160

161 Wer schon nicht reich ist, sollte wenigstens online sein. Studierende und Jungunternehmen
162 entscheiden oft anhand des Netzzugangs über Bleiben oder Weggehen. Auch deshalb setzen
163 wir uns energisch für Breitbandausbau auf höchstem Niveau ein.

164

165

166 **Wir nehmen's sportlich**

167

168 Unser Land ist reich an Traditionen im Breitensport. Wir unterstützen das gern. Das Ehrenamt
169 im Sport verdient und braucht mehr Anerkennung.

170

171

172 **Doch – Wirtschaft können wir auch**

173

Antrag-Nr. 2.15.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 174:

„Industrieland“ ersetzen durch „**Agrar- und Industrieland**“, **Streichen** des Wortes „**dass**“
im folgenden Nebensatz: „... bis die Treuhand kam.“

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Sachsen-Anhalt war einst ein bedeutendes Industrieland, bis die Treuhand kam.“

174 Sachsen-Anhalt war einst ein bedeutendes Industrieland, bis dass die Treuhand kam.
175 Industriepolitisches Wissen und Gewissen sind noch vorhanden, aber inzwischen auf Klein-
176 und mittelständische Unternehmen übergegangen. Wir schätzen unternehmerische Initiative
177 im Handwerk, im Gewerbe und in Industriebetrieben und fördern deren Entwicklung.

178

179 In der Landwirtschaft setzen wir uns auf allen politischen Ebenen für die Chancengleichheit
180 ostdeutscher Agrarunternehmen ein.

Antrag-Nr. 2.16.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 180:

Nach „ostdeutscher Agrarunternehmen ein.“ folgende Sätze einfügen:

**„Die Unternehmen sind oft wichtige Arbeitgeber im Ort und wichtiger Teil des
dörflichen Lebens. Wir wollen keine Benachteiligung bei der Agrarförderung,
bezahlbare Pachtpreise und einen Bodenmarkt, der den Boden in den Händen der
Bauern lässt. Landwirtschaft muss stärker im Einklang mit Umwelt und Tierwohl
betrieben werden. Wir setzen uns für mehr direkte Vermarktung der Erzeugnisse in
der Region ein.“**

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

***„Grund und Boden gehören nicht in die Hand von Spekulanten. Wir wollen in großen
und kleinen Agrarbetrieben mehr Einklang mit Umwelt und Tierwohl.“***

181

182 DIE LINKE hat rechtzeitig erkannt, dass die Zukunft der Energiewirtschaft in den Erneuerbaren
183 Energien besteht.

Antrag-Nr. 2.17.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 183:

Nach „Erneuerbaren Energien besteht.“ folgende Sätze einfügen:

„Kommunen können einen großen Beitrag für den Erfolg der Energiewende leisten. Unterstützung von Bürgerenergievorhaben, Bereitstellung von Flächen dafür, energetisch gut sanierte kommunale Wohnungen und Einrichtungen, die eigene Vorbildwirkung beim Energiesparen sind nur einige Möglichkeiten Auch ein bedarfsgerechter ÖPNV und gute Radwegstrukturen sind Bausteine zum Energiesparen.“

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Kommunale Betriebe können auch Energiewende, wir wollen noch mehr davon.“

184

185 Die kommunalen Unternehmen im Land verdienen auch weiterhin unsere Unterstützung und

186 kritische Begleitung. Die Sparkassen und die städtischen Unternehmen wollen wir als

187 Betriebe mit fairer Tarifbindung weiter entwickeln. Europäisches und deutsches Vergaberecht

Antrag-Nr. 2.18.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 187 ff:

Ersatzlose Streichung des Satzes: „Europäisches und deutsches Vergaberecht ... „

Begründung: kein kommunales Thema

188 wollen wir entbürokratisieren, um regionalen Unternehmen bessere Wettbewerbschancen zu

189 geben.

190

Antrag-Nr. 2.19.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 191 ff:

Ersatzlose Streichung des Satzes: „Datenschutz gilt für alle gleichermaßen ... „

Begründung: kein kommunales Thema

191 Datenschutz gilt für alle gleichermaßen, es geht nicht an, dass Konzerne sich freikaufen und

192 kleine Unternehmen von Bürokratie erdrückt werden.

193

Antrag-Nr. 2.20.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 194:

Einfügen des Wortes „ressourcenschutz“.

Der Satz soll dann heißen: **„Die Landkreise sollten Vorreiter bei der Förderung von IT-Unternehmen und digital- oder ressourcenschutz-orientierten Jungunternehmen werden und dafür die Wirtschaftsförderung neu strukturieren.“**

Begründung: kein kommunales Thema

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:
„Kluge Digitalisierung kann auch Ressourcen schützen.“**

194 Die Landkreise sollten Vorreiter bei der Förderung von IT-Unternehmen und digital
195 orientierten Jungunternehmen werden und dafür die Wirtschaftsförderung neu strukturieren.
196

Antrag-Nr. 2.21.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 197 ff:

Diese beiden **Sätze in Zeile 187** nach „... weiter entwickeln.“ **Einfügen.**

Der Landesvorstand übernimmt.

197 Die kommunale Wohnungswirtschaft liegt uns am Herzen. An viele gute Erfahrungen wollen
198 wir hier anknüpfen.

199
200 Seit Jahr und Tag stehen wir für eine humanistische und soziale Arbeitsmarktpolitik. Als
201 Gegner des „Hartz-IV- Systems“ kümmern wir uns um die von Arbeitslosigkeit betroffenen
202 Menschen. Wer seine Arbeit verloren hat, darf nicht auch noch seine Würde verlieren. Es gibt
203 inzwischen eine neue Situation: Langzeitarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel stehen sich

Antrag-Nr. 2.22.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt,
Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 204:

Ersatzloses Streichen von „und Weltoffenheit, nie mit Abschottung“.

Der Satz soll heißen: „**Fachkräftemangel ist nur mit Qualifizierung zu überwinden.**“

204 gegenüber. Fachkräftemangel ist nur mit Qualifizierung und Weltoffenheit, nie mit
205 Abschottung zu überwinden.

206

207

208

Für eine neue Kultur des Miteinander

209

210 Mit der deutschen Einheit ist vieles besser geworden, aber es wurde auch neue Zwietracht
211 gesät. Wir wollen nicht, dass die Ellenbogen-Gesellschaft über das solidarische Miteinander
212 siegt. Wir wollen auch heute noch sagen: „Den Kindern soll’s mal besser gehen!“ und nicht
213 “Nach mir die Sintflut!“. Fragen wir uns doch einmal selbst: Was ist der Begriff „Nachbar“
214 heute noch wert?

215

216 Und auch für dieses neue Miteinander können wir etwas tun, als Ossi’s allemal! Wir wollen
217 das Land von untern verbessern, also zuerst im kommunalen Gemeinwesen. Wir stehen
218 deshalb für eine weitaus höhere Wertschätzung des Ehrenamtes ein, auch mit mehr Geld.

219

220 Die Feuerwehren im Land sind ein Musterbeispiel bürgerschaftlichen Engagements. Sie
221 verdienen unsere tätige Unterstützung.

222

223 Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen sind eine Bereicherung des
224 Lebens in den Städten und Gemeinden. Vieles können wir von ihnen lernen. Deshalb setzen
225 wir uns für das Konzept des nicht ausgrenzenden Zusammenlebens – Inklusion genannt – ein.
226
227 Wir setzen auf die Erfahrungen von Seniorinnen und Senioren. Schön, dass wir älter werden,
228 aber wir wollen mehr dafür tun, dass die Älteren das auch als Lebensgewinn empfinden
229 können. Die Senior/innen-Vertretungen im Land wollen wir in allen Volksvertretungen als

Antrag-Nr. 2.23.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 230 ff:

Streichung des Satzes „Altersweisheit ist manchmal ...“ und **Einfügen** der beiden Sätze:
„Aber auch die junge Generation hat ihre eigene Sicht auf die Dinge, eigene Kenntnisse und Wünsche für ihre Zukunft. Es ist deshalb genauso wichtig, der jungen Generation mehr Mitspracherechte zu gewähren, z.B. in Form von Jugendparlamenten oder –beiräten.“

Antrag-Nr. 3.5.

Antragsteller*innen: Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 230 und 231:

„Altersweisheit ist manchmal anstrengend aber noch immer eine Form von Weisheit.“
ersetzen durch:

„Auch für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und junge Familien müssen die Kommunen ein Hort der Lebensfreude sein. Deswegen gehören die Ideen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen in die Kommunalparlamente. Dafür soll das Wahlalter gesenkt werden.“

Begründung:

Um dem steigenden Altersdurchschnitt in den Kommunalparlamenten entgegenzuwirken, soll Jugendlichen durch die Senkung des Wahlalters die Möglichkeit gegeben werden ihre Ideen direkt umzusetzen. So können sie frühzeitig die politische Erfahrung sammeln, dass sie mit ihren Anliegen ernstgenommen werden und dass man nicht das Bundesland verlassen muss, um die eigene Zukunft nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Jugend und Senioren sollten sich durch den Kommunalwahlauf Ruf explizit angesprochen fühlen. Junge Menschen sollen überhaupt erwähnt und Seniorinnen und Senioren nicht herablassend abgefertigt werden.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Andererseits brauchen wir die kritische und fordernde Weisheit der Jugend. Junge Kandidierende sollen sich auf den Wahllisten nicht hinten anstellen müssen. Das Wahlalter wollen wir senken.“

230 willkommene Partner respektieren. Altersweisheit ist manchmal anstrengend, aber noch
231 immer eine Form von Weisheit.
232

Antrag-Nr. 2.24.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 233:

Statt „Vor allem anderen brauchen wir ...“ besser: **„Wir brauchen eine gut funktionierende Polizei und Justiz.“**

Der Landesvorstand übernimmt.

233 Die öffentliche Sicherheit im Land ist ein Reizthema geworden. Vor allem anderen brauchen
234 wir eine gut funktionierende Polizei und Justiz. Wir haben uns schon seit Jahrzehnten für eine
235 bessere Polizei-Präsenz auch in Kleinstädten und Gemeinden eingesetzt. Die Folgen von
236 Kriminalität sind teurer als eine ordentlich aufgestellte Polizei.

237

238 Seit 2015 haben wir in den Kommunen ganz neue Erfahrungen im Umgang mit geflüchteten
239 Menschen gemacht. DIE LINKE hat sich in Kooperation mit Vereinen und Kirchen
240 humanistisch und couragiert eingebracht. Sie hat sich rechtspopulistischen Tendenzen
241 entgegengestellt und so vielleicht auch Verluste bei der Landtagswahl 2016 in Kauf

Antrag-Nr. 2.25.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 242:

Statt „Wir sind genügend im wirklichen Leben zu Hause und wissen, ...“ besser: **„Wir sind nicht weltfremd und wissen, ...“**

Antrag-Nr. 3.6.

Antragsteller*innen: Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 242 bis 244::

„Wir sind genügend im wirklichen Leben zu Hause und wissen, dass ein Zusammenleben mit Flüchtlingen auch Probleme bereitet. Deshalb setzen wir uns ja in der Bundesrepublik dafür ein, viel mehr für Entwicklungshilfe als für Krieg und Rüstung auszugeben.“ wie folgt ändern:

Der Satz beginnend mit „Wir sind ...“ wird bis einschließlich „Deshalb“ **gestrichen**.

Der nächste Satz geht weiter mit **„Wir setzen uns in der Bundesrepublik ...“**

Begründung:

Wir sind nicht gegen Fluchtursachen, weil die Flüchtlinge so anstrengend sind. Diesen Begründungszusammenhang macht aber die obenstehende Formulierung auf.

242 genommen. Wir sind genügend im wirklichen Leben zu Hause und wissen, dass ein

Antrag-Nr. 2.26.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 243:

Ersatzlose Streichung des Wortes „ja“.

Der Satz lautet dann: **„Deshalb setzen wir uns in der Bundesrepublik ...“**

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Wir setzen uns dafür ein, viel mehr für Entwicklungshilfe als für Krieg und Rüstung auszugeben. Wenn aber Geflüchteten in unserm „Hier und heute“ eingetroffen sind,

dann gilt unser Prinzip: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

243 Zusammenleben mit Flüchtlingen auch Probleme bereitet. Deshalb setzen wir uns ja in der
244 Bundespolitik dafür ein, viel mehr für Entwicklungshilfe als für Krieg und Rüstung auszugeben.
245 Wenn aber Geflüchteten in unserem „Hier und Heute“ eingetroffen sind, dann gilt unser
246 Prinzip: Die Würde des Menschen ist unantastbar!
247

Antrag-Nr. 1.

Antragsteller/in: Landesausschuss

Zeilen 248 bis 250 sollen wie folgt geändert werden:

Der Satz „Im Jahr der Kommunalwahl begehen wir den 30. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin und auch bei uns im Land“. **soll gestrichen werden.**

Der nachfolgende Satz wird wie folgt geändert:

„Wir hatten 1989 nicht erwartet, dass **30 Jahre nach der Wende** noch so vieles ungleich ist in Deutschland.“

Begründung: erfolgt mündlich

Der Landesvorstand übernimmt.

248 Im Jahr der Kommunalwahl begehen wir den 30. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin und auch
249 bei uns im Land. Wir hatten 1989 nicht erwartet, dass nach 30 Jahren noch so vieles ungleich
250 ist in Deutschland. Bei den Löhnen und den Renten, bei der Anerkennung fachlicher

Antrag-Nr. 2.27.

Antragsteller*innen: Angelika Hunger, Alexander Sorge, Michael Finger, Robert Berndt, Detlef Walloch, Daniel Schulz (alle Kreisverband Saalekreis)

Zeile 251 ff:

Den Abschnitt von „Aber dies kann uns Ostdeutschen ...“ bis „Selbstbewusst für den Osten!“ Ersetzen durch: „**Aber dies kann uns Ostdeutschen keiner nehmen: Die guten und schlechten Erfahrungen des Umbruchs, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation. Und deshalb gilt auch bei der Kommunalwahlwahl 2019: „Selbstbewusst für den Osten!“ Denn wir haben viel an speziellen Erfahrungen und Ideen einzubringen, die für die ganze Bundesrepublik nützlich sein können.**“

251 Qualifikationen, bei der Besetzung von Chefsesseln. Aber dies kann uns Ostdeutschen keiner
252 nehmen: Wir sind die wahren Könner des Umbruchs, der wirtschaftlichen und
253 gesellschaftlichen Transformation. Und deshalb gilt auch bei der Kommunalwahl 2019:“
254 Selbstbewusst für den Osten!“ Die Ostdeutschen zeigen den aufrechten Gang. Manchmal,
255 vielleicht zu selten - aber trotz alledem.

256
257

Europa? Europa!

259

260 Es ist doch richtig, dass die Europäische Union unter zu viel Bürokratie leidet. Aber viel
261 wichtiger ist: Die Europäische Union leidet unter zu wenig politischer Vision und deren
262 Umsetzung.
263

264 Wer wollte 2019 einer Schülerin in Wittenberg oder Eisleben erklären, dass ihre
265 Freundschaften nach Marseille und Dublin wieder an Grenzen enden sollten? Wir wollen das
266 nicht. Wir wollen ein sozial und humanistisch verfasstes Europa. Wir wollen auch ein gutes
267 Verhältnis zu Russland.

268

269

270 **DIE LINKE in Sachsen-Anhalt sagt: Willkommen!**

2
3
4 **Ersetzungsantrag**

5
6 **zum Antrag „Für ein Europa der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen**
7 **Zusammenlebens“**

8 **an die 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**
9 **am 20. Oktober 2018 in Bernburg**

10
11
12
13 **Unsere europäische Vision. Die Europäische Union von links verändern.**

14
15
16 Am 26. Mai 2019 wählen wir nicht nur kommunale Vertretungen, wir entscheiden auch über
17 das neue Europaparlament. Die Zukunft der Europäischen Union beschäftigt viele Menschen
18 – uns auch. Wir sind hin- und hergerissen: Einerseits üben wir scharfe Kritik an der
19 bestehenden Union, die in Sachen Demokratie, Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr als zu
20 wünschen übriglässt. Andererseits sehen wir die Gefahr, dass die Stagnations- und
21 Zerfallstendenzen der EU Ausdruck eines reinen Rückzugs auf den vermeintlich besseren
22 Nationalstaat sind.

23
24 Allerdings – nicht irgendein "Europa" in Form der EU ist über hilf- und schuldlose
25 Nationalstaaten gekommen. Was in der EU passiert, die Konstruktion der EU selbst – all das
26 ist direktes Ergebnis des Handelns der Staaten, die sich in der EU zusammengeschlossen
27 haben.

28
29 Wie in den Nationalstaaten dominiert auch in der EU eine Politik, die auf Konkurrenz und
30 Spardiktate zur Umsetzung vermeintlicher Stabilitätskriterien setzt. Das führt nicht zu mehr
31 Gemeinsamkeit, sondern verschärft die Dominanz der großen EU Mitgliedsstaaten, allen
32 voran Deutschlands, die diesen Kurs forciert haben. Ein Zerfall der Europäischen Union würde
33 am eigentlichen Übel nichts ändern: Konkurrenz, Wettbewerbs- und Standortpolitik, Lohn-
34 und Sozialdumping würden unter gegebenen politischen Mehrheitsverhältnissen und ohne
35 grundlegende gesellschaftliche Veränderung weiterbestehen. Das eigentliche Problem aber
36 heißt Kapitalismus.

37
38 Die globale Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums verschärft nicht nur die Gegensätze
39 innerhalb der Europäischen Union, sondern in dramatischer Weise auch zwischen Europa und
40 den Ländern der Dritten Welt. Hunger, Armut Klimakatastrophen bis hin zu Kriegen zwingen
41 Menschen dazu, infolge ihrer oft lebensbedrohlichen Situation ihre Heimat zu verlassen, auch
42 durch eine Migration in die Europäische Union. Statt die Ursachen globaler Verwerfungen
43 wirksam zu bekämpfen, antworten die europäischen Nationalstaaten mit einer Politik der
44 Abschottung, mit dem Ausbau Europas zu einer Festung. Das unerträgliche Sterben im
45 Mittelmeer ist Ausdruck einer inhumanen, allein auf die Sicherung nationaler Interessen
46 ausgerichteten Machtpolitik.

47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93

Die Krise der Europäischen Union ist keine rein ökonomische. Sie ist auch eine politische Krise und leitet sich daraus ab, dass die EU eben nicht mehr ist, als ein Verbund von Nationalstaaten. Es gibt sie noch nicht, die europäischen Bürger*innen, echte europäischen Parteien, geschweige denn ein mit allen üblichen Rechten ausgestattetes Europäisches Parlament.

Es gibt eben auch noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse und keine vergleichbaren Sozialstandards in der EU. Antieuropäisch sind nicht wir, die wir uns genau dies wünschen. Antieuropäisch ist, wem dieses Europa schon genug Europa ist.

Dem Rechtspopulismus in Europa und dessen destruktiven und antieuropäischen Nationalismus setzen wir unsere linke Kritik an der bestehenden Europäischen Union entgegen - eine Kritik, die weniger Union, aber mehr Europa will. Eine Kritik, die die Regionen und Europa stärken will. Eine Kritik, die nicht destruktiv, sondern visionär ist, weil sie das alte Haus Europa nicht abschaffen, sondern demokratisch erneuern möchte.

Wir wissen: Die Europäische Union ist veränderbar und wir wollen sie verändern. Wir wollen ein Europa, in dem nicht die Interessen von Nationalstaaten und von global agierenden Großkonzernen dominieren, sondern die Interessen der Menschen.

Unsere Vision eines geeinten Europas setzt auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen. Denn wir, die wir die Grenzen zwischen Ost und West, Stadt und Land in der Bundesrepublik kritisieren, haben ebenso einen Blick auf die ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West, Nord und Süd sowie Zentrum und Peripherie in Europa. Wir als Ostdeutsche haben aus den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen nach 1989 zudem in besonderer Art und Weise erfahren, was ungleiche Lebensverhältnisse für abgehangene Regionen bedeuten. Die Vereinheitlichung des europäischen Steuerrechts, der sozialen Sicherung, der Rente, des Mindestlohnlevels und der Arbeitslosenversicherung - das ist Weg zu einem Projekt Europa des Miteinanders statt des Gegeneinanders ist.

In unserer Vision ist die Europäische Union weder ein nationales noch ein geographisches, es ist ein politisches Projekt, welches die Unterschiedlichkeit der Regionen berücksichtigt. Sie umfasst alle Menschen, die sich auf ihrem Territorium befinden. Sie lädt die Menschen anderer Länder ein, sich ihr anzuschließen. Sie kennt keine Abschottung, keine Mauern, keinen Stacheldraht.

Unsere Vision eines europäischen Selbstverständnisses orientiert sich an den Grundwerten der französischen Revolution, sie ist von Freiheit, Gleichheit und Solidarität geprägt. Teil dieser Union kann werden, wer sich zu ihren Prinzipien bekennt. Es gibt keinen Ausschluss wegen Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung.

Wahlrechtsgleichheit, direkte Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung, Einbindung der Regionen über eine zweite Kammer und das Verbot der finanziellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklich europäischen Demokratie.

94 Das ist die Europäische Union, für die wir stehen, für die wir kämpfen. Auch bei der
95 Europawahl am 26. Mai 2019.

294
295
296
297
298
299
300
301
302
303

Antrag

an die 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg

Antrag-Nr. 3.1.

Antragsteller*innen: Achim Bittrich, Thomas Drzisga

Zeilen 304/305:

Überschrift ersetzen durch: „**Europa von links verändern**“

Begründung:

Die mit „Für beginnende“ Überschrift wirkt einerseits passiv, andererseits ist die gewählte Aufzählung eingeschränkt. Zumindest der Begriff der Demokratie fehlt. Wir wollen Europa verändern, also sollten wir das auch schreiben.

304 **Für ein Europa der Solidarität, der Menschlichkeit und des** 305 **friedlichen Zusammenlebens**

306
307 Am 26. Mai 2019 wählen wir nicht nur unsere kommunalen Abgeordneten, sondern wir
308 entscheiden auch über das Europaparlament. Die Zukunft der Europäischen Union beschäftigt

Antrag-Nr. 1.

Antragsteller*innen: Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 309 bis 313:

„Dabei sind wir hin- und hergerissen zwischen scharfer Kritik an der bestehenden Union einerseits, die in Sachen Demokratie, Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr als zu wünschen übrig lässt, und der Angst, dass die Stagnations- und Zerfallstendenzen der EU andererseits Ausdruck eine reinen Rückzugs auf den vermeintlich besseren Nationalstaat ist.“ **ändern** in:

„Dabei sind wir hin- und hergerissen: Einerseits lässt die bestehende Union in Sachen Demokratie, Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr als zu wünschen übrig. Andererseits verheißen die Stagnations- und Zerfallstendenzen der EU nichts Gutes. Denn auch der Rückzug auf den vermeintlich besseren Nationalstaat kann Sozial- und Umweltstandards, Rechtsstaat und Demokratie nicht retten, wenn ihr Ausverkauf in der Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten zum Standortvorteil wird.“

Begründung:

Nach der Benennung von Kritikpunkten an der EU nicht klar zu benennen, warum der Rückzug in den Nationalstaat keine Option ist, wirkt unvollständig. Im weiteren Verlauf des

Antrages wird dabei berechtigterweise auf die Gefahren verwiesen, die von nationalistischer Ideologie ausgehen. Aber auch „wenn die Rechten nicht wären“, müsste man die EU von links gestalten, statt sie aufzugeben. Wenn man den globalen Kapitalismus mit internationaler Konkurrenz ernst nimmt, bleibt nichts Anderes übrig, als ihm mit internationaler Solidarität entgegenzutreten.

Der Landesvorstand übernimmt.

309 uns und viele andere Menschen. Dabei sind wir hin- und hergerissen zwischen scharfer Kritik
310 an der bestehenden Union einerseits, die in Sachen Demokratie, Wirtschafts- und
311 Sozialpolitik mehr als zu wünschen übrig lässt, und der Angst, dass die Stagnations- und
312 Zerfallstendenzen der EU andererseits Ausdruck eines reinen Rückzugs auf den vermeintlich
313 besseren Nationalstaat ist.

314
315 Zurzeit erleben wir eine tiefe Krise der Europäischen Union. Viele Menschen erfahren soziale
316 Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Sie fühlen sich zunehmend abgehängt und verbinden
317 vor allem in Südeuropa ihre Situation mit der Politik der EU. Dies wird von der politischen
318 Rechten ausgeschlachtet, um die Menschen gegeneinander auszuspielen und die politische
319 Unsicherheit zu befördern.

Antrag-Nr. 2.1.

Antragsteller*innen: Achim Bittrich, Wulf Gallert, Janina Böttger

Nach Zeile 319 einfügen:

„Dabei ist es jedoch nicht "Europa" in Form der EU, die über hilf- und schuldlose Nationalstaaten gekommen ist. Denn nicht nur was in der EU passiert, sondern auch wie die EU konstruiert ist, ist direktes Ergebnis des Handelns der Staaten, die sich in der EU zusammengeschlossen haben. Wie in den Nationalstaaten dominiert auch in der EU eine Politik, die auf Konkurrenz und Spardiktate zur Umsetzung vermeintlicher Stabilitätskriterien setzt. Diese Politik führt nicht zu mehr Gemeinsamkeit, sondern verschärft die Dominanz der großen EU Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschlands, die diesen Kurs forciert haben. Ein Zerfall der Europäischen Union würde das nicht ändern. Konkurrenz, Wettbewerbs- und Standortpolitik, Lohn- und Sozialdumping würden unter gegebenen politischen Mehrheitsverhältnissen und ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderung weiterbestehen.“

Begründung:

Der Einschub verdeutlicht, dass es die Mitgliedsstaaten der EU sind, die eine solche Politik zu verantworten haben (und auch ändern können).

Der Landesvorstand übernimmt.

320
321 Auch die permanente Umverteilung von Reichtum im globalem Maßstab hat kein einiges

Antrag-Nr. 3.2.

Antragsteller*innen: Achim Bittrich, Thomas Drzisga

Zeile 322:

„Afrikas und dem Nahen Osten“ **ersetzen** durch: „**der Dritten Welt**“

Begründung:

Natürlich sind Teile Afrikas und des Nahen Ostens für Flüchtlingsströme ein wesentlicher Faktor, aber es geht um die gesamte Dritte Welt (die Ausbeutung am Beispiel von Bangla Desh, Krieg in Afghanistan, Klimakatastrophen in Südostasien ...).

Der Landesvorstand übernimmt.

322 Europa, sondern noch dazu in den Ländern Afrikas und dem Nahen Ostens Armut,
323 Klimakatastrophen und Kriege zur Folge. Die Konsequenz ist, dass Menschen aus diesen
324 Ländern versuchen, ihrer oft lebensbedrohlichen Lage zu entkommen, einige auch durch eine
325 Migration in die EU. Zurzeit erleben wir, wie die Nationalstaaten auf europäischer Ebene
326 versuchen, sich vor den Folgen dieser Umverteilungspolitik abzuschotten und eine
327 humanistische Lösung zu verhindern. Übrig bleiben der Ausbau Europas zur Festung und das
328 unerträgliche Sterben im Mittelmeer. Dies bedeutet den Verrat an den Grundwerten
329 menschlichen Zusammenlebens. Unsere linke Idee von einem solidarischen, gerechten und
330 offenen Europa ist dies nicht.
331

Antrag-Nr. 3.3.

Antragsteller*innen: Achim Bittrich, Thomas Drzisga

Zeilen 332 bis 346 ersetzen durch:

„Die Krise der Europäischen Union ist keine rein ökonomische. Sie ist auch eine politische Krise und leitet sich daraus ab, dass die EU eben nicht mehr ist als ein Verbund von Nationalstaaten. Es gibt sie noch nicht, die europäischen Bürger*innen, die echten europäischen Parteien geschweige denn ein mit allen üblichen Rechten ausgestattetes europäisches Parlament. Es gibt eben auch noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse und keine vergleichbaren Sozialstandards in der EU. Antieuropäisch sind nicht wir, die wir uns genau dies wünschen. Antieuropäisch ist, wem dieses Europa schon genug Europa ist.“

Begründung:

Die Aussagen im ersten Teil sind ähnlich, sie unterscheiden sich in der Diktion. Man kann natürlich den Zustand geißeln, man kann aber mit der Sentenz „noch nicht“ ausdrücken, wo wir hin wollen. Die Aufzählung der „Bürger*innen“ vor den Parteien und Parlamenten ist bewusst so gewählt.

332 Aber die europäische Krise ist auch eine demokratische: die Rechte von Parlamenten oder
333 der Judikative in den Nationalstaaten werden eingeschränkt, die Pressefreiheit behindert,
334 Bürger- und Menschenrechte ausgehebelt. Krisengipfel der Staats- und Regierungschefs, die
335 einseitig und ohne das Votum des Europäischen Parlaments erfolgen, die Abschottung und
336 die Verstärkung der Grenzsicherung der EU beschließen, Staats- und Regierungschefs, die in
337 ihren Mitgliedsstaaten stetig die Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte oder die Gewaltenteilung
338 aushebeln. Unsere linke Vorstellung von einem demokratischen und rechtsstaatlichen Europa
339 ist dies nicht.

340
341 Eines der zentralen Probleme der EU ist ihre dominante Ausrichtung auf einen möglichst
342 deregulierten Binnenmarkt. Die Folgen waren in der Vergangenheit Sozial- und Lohndumping
343 auf Kosten der Arbeitnehmer*innen, ungleicher Lohn für gleiche Arbeit abhängig vom
344 Geschlecht und der Herkunft, die Schleifung von Arbeitnehmer*innenschutzrechten unter

345 dem Deckmantel des uneingeschränkten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs. Unsere
346 linke Vorstellung von einem sozialen Europa ist dies nicht.

347
348 Einerseits müssen wir daher konstatieren: Viele Menschen in Europa und der Europäischen
349 Union glauben nicht mehr an eine gemeinsame europäische Zukunft. Perspektivlosigkeit
350 macht sich breit. Viele fürchten, dass es ihren Kindern schlechter gehen wird als ihnen selbst.
351 Sie verbinden Europa und vor allem die EU mit Finanz- und Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit,
352 Bürokratie und haben das Gefühl, kaum Einfluss auf die Zukunft nehmen zu können.

353
354 Andererseits gibt es viele Menschen innerhalb und außerhalb der EU, die ihre Hoffnungen mit
355 der europäischen Integration verbinden. Sie erleben, wie Faschisten und Nationalisten die EU
356 und Europa zerstören wollen, wie ein gefährlicher Nationalismus um sich greift. Viele fühlen
357 sich angesichts der Entwicklung in Europa an die 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert, an
358 zwei durch Nationalismus hervorgerufene Weltkriege und haben Angst davor, dass sich dieses
359 Schicksal mit einem Auseinanderbrechen der EU wiederholt. Spätestens seit dem Brexit
360 wissen viele Menschen, dass es wichtig ist, die europäische Idee und die EU zu retten.

361

Antrag-Nr. 3.4.

Antragsteller*innen: Achim Bittrich, Thomas Drzisga

Zeilen 362 bis 367 ersetzen durch:

„Die Europäische Union ist veränderbar und wir wollen sie verändern. Wir wollen ein Europa, in dem nicht die Interessen von Nationalstaaten, und von global agierenden Großkonzernen dominieren, sondern die Interessen der Menschen. Dem Rechtspopulismus in Europa und dessen destruktiven und antieuropäischen Nationalismus setzen wir unsere linke Kritik an der bestehenden Europäischen Union entgegen. Eine Kritik, die weniger Union, aber mehr Europa will. Eine Kritik, die die Regionen und Europa stärken will. Eine Kritik, die nicht destruktiv, sondern visionär ist, weil sie das alte Haus Europa erneuern will.“

Begründung:

mdl.

362 In einer Zeit, in der nicht nur die EU als Institution von rechts bedroht ist, sondern auch das
363 friedliche Zusammenleben der Menschen auf dem Kontinent Europa, wo Nationalisten nach
364 der Macht in den einzelnen Nationalstaaten, aber auch auf der Ebene des europäischen
365 Parlaments greifen, in der einzelne Nationalstaaten gültiges internationales Recht oder auch
366 die demokratischen und menschenrechtlichen Grundprinzipien außer Kraft setzen, braucht es
367 eine starke, einige und entschlossene Linke, die dagegen ankämpft.

Antrag-Nr. 2.2.

Antragsteller*innen: Achim Bittrich, Wulf Gallert, Janina Böttger

Nach Zeile 368 einfügen:

„Nach unserer linken Vorstellung ist die Europäische Union weder ein nationales noch ein geographisches, sondern ein politisches Projekt, welches die Unterschiedlichkeit der Regionen berücksichtigt. Sie umfasst alle Menschen, die sich auf ihrem Territorium befinden. Sie lädt die Menschen anderer Länder ein, sich ihr anzuschließen. Sie kennt keine Abschottung, keine Mauern und keinen Stacheldraht. Unsere Vision eines europäischen Selbstverständnisses orientiert

sich an den Grundwerten der französischen Revolution, sie ist von Freiheit, Gleichheit und Solidarität geprägt. Teil dieser Union kann werden, wer sich zu ihren Prinzipien bekennt. Es gibt keinen Ausschluss wegen Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung.“

Der Landesvorstand übernimmt.

368
369 Unsere linke Vorstellung von einer freien und einigen EU beinhaltet eine wirkliche
370 europäische Integration anstatt einer Renationalisierung. Sie beinhaltet das Bekenntnis zum
371 friedlichen Zusammenleben auf diesem Kontinent. Es soll ein Europa werden, in dem wir völlig
372 selbstverständlich und frei zwischen Kiel und Zagreb reisen. Jeder Mensch sich ohne
373 Einschränkung aussuchen kann, an welchem Ort er leben und arbeiten will.

374
375 Unsere linke Vorstellung von einer demokratischen EU beinhaltet eine Stärkung des
376 Europäischen Parlaments vor allem gegenüber den Staats- und Regierungschefs.
377 Wahlrechtsgleichheit, direkte Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung, Einbindung der
378 Regionen über eine zweite Kammer und das Verbot der finanziellen Einflussnahme auf
379 politische Entscheidungen sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklich
380 europäischen Demokratie.

381
382 Unsere linke Vorstellung von einer solidarischen EU setzt auf gleichwertige
383 Lebensverhältnisse für alle Menschen. Denn wir, die wir die Grenzen zwischen Ost und West,
384 Stadt und Land in der Bundesrepublik kritisieren, haben ebenso einen Blick auf die
385 ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West, Nord und Süd sowie Zentrum und Peripherie
386 in Europa. Wir als Ostdeutsche haben aus den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen nach
387 1989 in besonderer Art und Weise erfahren, was ungleiche Lebensverhältnisse für
388 abgehangte Regionen bedeuten. Die besondere Förderung wirtschaftlich schwächerer
389 Regionen muss deswegen ausgebaut werden, das nützt letztendlich auch den wirtschaftlich
390 stärkeren Regionen.

391
392 Unsere linke Vorstellung von einer sozialen EU beinhaltet daher auch EU-weite
393 Mindeststandards zum Beispiel bei Beschäftigungsbedingungen oder der Mitbestimmung im
394 Betrieb, geschlechts- und herkunftsunabhängige Löhne, Mindestlohnkorridore oder auch eine
395 EU-weite Arbeitslosenversicherung. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen
396 Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben (soziale Fortschrittsklausel).

397
398 Unsere linke Vorstellung von einem gerechten Europa verlangt den menschengemachten
399 Klimawandel anzuerkennen und europa- und weltweite Lösungen zu finden. Große Probleme
400 erfordern große Lösungen. Eine Steuerpolitik, die Flucht wirksam bekämpft und die
401 Ressourcen für die soziale Sicherung, öffentliche Daseinsvorsorge und Umweltschutz
402 bereitstellt. Gemeinsame Investitionsprogramme, welche Arbeitsplätze in allen Regionen
403 schaffen und alle fair an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen. Um diese Ziele zu
404 erreichen, lehnen wir Freihandelsverträge wie TTIP, CETA und TISA ab, die Beschäftigten- und
405 Verbraucher*innenrechte einschränken wollen.

406
407 Unsere linke Vorstellung von einer friedlichen EU wendet sich gegen die zunehmenden
408 Versuche, die EU zu einer global agierenden militärischen Interventionsmacht auszubauen.
409 Die EU muss als globaler Akteur den Interessensausgleich und die Zusammenarbeit vor allem

410 mit Russland, den Staaten des Nahen Ostens und Afrikas organisieren mit dem Ziel, in diesen
411 Ländern nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, Brücken zu bauen, statt auf Konfrontation
412 zu setzen. Diese Aufgaben können überhaupt nur in einer gemeinsamen EU koordiniert und
413 gelöst werden.

414
415 Unsere linke Vorstellung von einer offenen EU für alle beinhaltet eine andere Migrations- und
416 Asylpolitik. Die Aufnahme von Menschen und ein humaner Umgang mit ihnen ist eine
417 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es geht um die Gewährleistung von legalen Fluchtwegen,
418 Schutz und Integration.

419
420 Wir stehen in der Verantwortung, der neoliberalen Politik und dem in der Mitte der
421 Gesellschaft angekommenen Rechtstrend, die das zivilisatorische Erbe dieses Kontinents
422 insgesamt bedrohen, etwas entgegenzusetzen.

423
424 Wir kämpfen für eine Europäische Union der Solidarität, der Menschlichkeit und des
425 friedlichen Zusammenlebens, deshalb werben wir für jede Stimme bei der Europawahl am
426 26. Mai 2019.

427
428
429
430
431
432
433
434
435

437
438
439

440 Antrag

441
442
443
444
445

an die 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg

446
447
448
449

Seniorenpolitische Leitlinien Sachsen-Anhalt

450

I.

451 Die Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE LINKE hat im Jahr 2008
452 „Seniorenpolitische Standpunkte“ vorgelegt. Die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft
453 Senioren in Sachsen-Anhalt arbeiten intensiv an der Fortschreibung dieser Standpunkte mit.
454 Jedoch sind die Ausgangssituationen im Land Sachsen-Anhalt oftmals andere als im
455 gesamten Bundesgebiet, so dass es die Mitglieder der LAG Senioren für erforderlich halten,
456 auf das Land Sachsen-Anhalt und für linke Politikerinnen und Politiker in Sachsen-Anhalt
457 zugeschnittene Standpunkte als Leitlinien vorzulegen.

458

459 Mit den Seniorenpolitischen Leitlinien Sachsen-Anhalt werden Ziele für vorausschauende,
460 angepasste und gerechte Seniorenpolitik definiert. Wir sind die „Kümmererpartei“ in dieser
461 Gesellschaft und müssen dies auch wieder klarer definieren. Viele Politikerinnen und Politiker,
462 die sich für die ältere Generation einsetzen, arbeiten schon jetzt daran, dieser größten
463 Bevölkerungsgruppe in unserem Land mit ihrem Handeln gerecht zu werden und ein Leben in
464 Würde und mit Teilhabe zu ermöglichen – doch braucht es einheitlichere Handlungsansätze.

465

466 Der demografische Wandel stellt Sachsen-Anhalt vor große Herausforderungen. Die
467 Altersarmut ist in Sachsen-Anhalt angekommen und fordert die Gesellschaft heraus, der
468 solidarischen und gerechten Daseinsvorsorge für alle gerecht zu werden.

469

470 Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, ihre Kreisverbände sowie Mandatsträgerinnen und
471 Mandatsträger aller Ebenen sollen sie Grundlage für die Ausnutzung ihrer
472 Handlungsspielräume im politischen Umfeld sein, damit möglichst viele dieser Ziele in die Tat
473 umgesetzt werden und in der Gesellschaft ihre Wirkung entfalten können. Die
474 Seniorenpolitischen Leitlinien sollen den Fokus auf ein würdevolles Miteinander aller
475 Menschen legen.

476

477 Die vorhandene Bedrohung unserer älteren Generation im Land Sachsen-Anhalt durch
478 Altersarmut führt auch hier zum Absinken des Versorgungsniveaus im Alter und stellt den
479 Generationenzusammenhalt und das gegenseitige Verständnis auf eine harte Probe. Wir
480 müssen uns einsetzen für eine neue Kultur des Alterns und des Alters.

481

482

483

484 Daher fordern wir:

- 485 - die gesellschaftlichen Strukturen altersfreundlich und barrierefrei zu gestalten,
- 486 - die Solidarität der Generationen untereinander zu fördern,
- 487 - gesundheitspolitische Potentiale auszuschöpfen,
- 488 - Rentengerechtigkeit zu fordern und den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente
- 489 menschenwürdig, solidarisch und gerecht zu gestalten.

490

491 Diese neue Kultur des Alterns und des Alters erfordert ein neues Bild der älteren Generation,
492 der Seniorinnen und Senioren in allen Teilen der Gesellschaft. An dieser Entwicklung des
493 Altenbildes sind alle Generationen und gesellschaftlichen Akteure zu beteiligen.

494 Dass die Menschen heute immer älter, teils hochaltrig werden, kann heute eine Errungen-
495 schaft sein, aber wir teilen auch die Auffassung der Alterswissenschaftler, dass die
496 zunehmende Hochaltrigkeit gewisse Probleme für die Menschen und die Gesellschaft mit sich
497 bringen, die wir anpacken müssen - der Anspruch auf Gesundheit ist ein Menschenrecht und
498 darf nicht von den persönlichen finanziellen Mitteln abhängen. Hochaltrigkeit erhöht die
499 Anforderungen an das Gesundheitssystem. Privatisierungen im Gesundheitssystem und die
500 damit verbundene Benachteiligung von Altersarmut betroffener Seniorinnen und Senioren ist
501 unsozial und unsolidarisch.

502

503 Seniorenpolitik muss auf allen Entscheidungsebenen noch konsequenter als Querschnitts-
504 aufgabe betrachtet werden. Die ältere Generation ist keine homogene Gruppe. Das
505 Wählerpotential der Seniorinnen und Senioren in Sachsen-Anhalt ist nicht zu unterschätzen
506 und ihr Gewicht bei Wahlentscheidungen nimmt weiter zu. Will DIE LINKE auch in Sachsen-
507 Anhalt ihren politischen Einfluss in der Gesellschaft ausbauen, muss sie mehr Augenmerk auf
508 die Seniorenpolitik legen. Durch den Blick auf diese Querschnittsaufgabe der Gesellschaft
509 wollen wir dazu beitragen, dass dieser Generation und ihren Bedürfnissen mehr als bisher
510 Rechnung getragen wird.

511

512 Die Altersarmut ist in Sachsen-Anhalt angekommen und schon sind 28.653 Männer und
513 52.779 Frauen von Altersarmut bedroht. Sie beziehen eine Rente am oder unter dem
514 Existenzminimum und sind auf Grundsicherung angewiesen. Gerade in den ostdeutschen
515 Ländern muss immer wieder die Forderung aufgemacht werden, die Rentenangleichung
516 Ost/West so schnell wie möglich zu erreichen. Die Rente muss für alle zum Leben reichen!

517

518

519 **II.**

520 Aus diesem Grunde fordert die Landesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE LINKE.
521 Sachsen-Anhalt konkret:

522

523 - Die Anstrengungen für die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West
524 müssen auf allen politischen Ebenen kommuniziert, gefordert und gefördert werden. Es muss
525 nachhaltiger an der Verhinderung drohender Altersarmut gearbeitet werden, dies beginnt
526 schon im erwerbsfähigen Alter mit einem gerechten Lohnniveau. Das Leben muss auch im
527 Alter für alle lebenswert bleiben, dies bedingt auch Rentengerechtigkeit für die ostdeutschen
528 Rentnerinnen und Rentner.

529

530 - Mehr Engagement und Widerstand durch die Seniorinnen und Senioren selbst und die
531 Vernetzung mit den Aktivitäten möglichst vieler Seniorenzusammenschlüsse, den
532 Gewerkschaften und der jüngeren Generation sowie die Förderung von gemeinsamen

533 Projekten der Seniorinnen und Senioren mit der jüngeren Generation, um den
534 Generationszusammenhalt zu stärken.
535
536 - Keine weitere Privatisierung sondern Rekommunalisierung von Einrichtungen der
537 Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsversorgung, Prävention und Rehabilitation.
538
539 - Förderung der Mobilität im Alter für einen uneingeschränkten Zugang alter Menschen zu
540 ärztlicher Behandlung und Betreuung, zur Sicherung der eigenen Versorgung und der Teilhabe
541 am öffentlichen und kulturellen Leben sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum.
542 Der öffentliche Personennahverkehr muss gestärkt werden und bezahlbar bleiben.

Antrag-Nr. 2.

Antragsteller/in: FAG Lisa

Zeile 542 ff ergänzen:

Die Bevölkerungsentwicklung bedeutet eine Herausforderung für eine flächendeckende öffentliche Daseinsvorsorge. Der wachsende Anteil älterer Menschen wirkt sich verändernd auf Mobilitätsbedürfnisse aus. Diesem muss das Land besonders im ÖPNV Rechnung tragen. Durch Pilotprojekte und Austausch von Erfahrungen im europäischen Maßstab könnten neue Ansätze gefunden werden. Auch in einigen Bundesländern gibt es bereits Projekte wie Bürger- oder Servicebusse, die die Anbindung kleinerer Ortschaften an größere Versorgungsstellen mindestens ein- oder zweimal pro Woche ermöglichen. Der konkrete Bedarf muss in den betreffenden Ortschaften ermittelt und entsprechende Lösungen gemeinsam mit diesen gesucht und gefunden werden. Die Einführung und Verbreitung entsprechender Angebote muss durch gute, barrierefreie Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Großdruckflyer) begleitet werden.

543
544 - Die geriatrische Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie Angebote der medizinischen
545 Versorgung auf dem Gebiet der Geriatrie auszubauen,
546
547 - ein Sterben in Würde durch den Ausbau der Palliativmedizin sowie durch hochwertige,
548 ambulante und stationäre Hospizleistungen in allen Regionen zu ermöglichen,
549
550 - dass Altenpflege auch dem Erhalt und der Förderung der Lebensqualität sowie verbliebener
551 Fähigkeiten der pflegebedürftigen alten Menschen dient. Dazu gehört auch, dass die freie
552 Wahl zwischen ambulanter und stationärer Pflege sowie alternativen Wohnformen gesichert
553 ist.
554 Altenpflege verdient mehr gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung, insbesondere
555 durch die Schaffung verbesserter Arbeitsbedingungen, den Einsatz von mehr Personal und
556 eine angemessene Vergütung.
557
558 - dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ein Recht auf zügige, qualifizierte Beratung und
559 substanzielle Hilfe haben. Dafür fordern wir die entsprechenden Rahmenbedingungen in
560 unserem Land. Lange Bearbeitungszeiten sind menschenverachtend.
561
562 - dass Seniorinnen und Senioren unabhängig von ihrer Herkunft der gleichberechtigte Zugang
563 zu allen Leistungen zu gewähren ist – Sprachbarrieren und kulturelle Hinderungsgründe sind
564 abzubauen – kultursensible Altenhilfe ist zu gewährleisten.
565

- 566 - Altersgerechtes Wohnen muss stärker auf individuelle Wohnbedürfnisse im Alter und auf die
567 steigende Altersarmut mit bezahlbaren Mieten fokussiert sein.
568 Das heißt:
- 569 • Wohnungsanpassung, Umbau in barrierefreie, altersgerechte Wohnungen und
570 alternative Wohnformen sind durch kommunale und genossenschaftliche
571 Wohnungsunternehmen mit staatlichen Fördermitteln vorrangig zu unterstützen.
 - 572 • Generationsübergreifendes Wohnen und selbst organisierte Wohnprojekte sind zu
573 fördern.

Antrag-Nr. 1.1.

Antragsteller/in: Landesausschuss

Zeilen 574/575 sollen wie folgt geändert werden:

- Seniorengerechtes, betreutes Wohnen **wird von uns gefordert.**
-

Begründung: erfolgt mündlich

- 574 • Seniorengerechtes, betreutes Wohnen ist in den Richtlinien des sozialen
575 Wohnungsbaus festzuschreiben.

Antrag-Nr. 1.2.

Antragsteller/in: Landesausschuss

Zeile 576:

Das Wort „kritisch“ wird ersetzt durch das Wort „**konstruktiv**“.

Begründung: erfolgt mündlich

- 576 • Betreuungsangebote und Wohnformen für Menschen mit Demenz sind kritisch zu
577 begleiten.
- 578 • Ein Sonderkündigungsrecht für Menschen über 70 Jahre ist zu schaffen.
 - 579 • Die Entbürokratisierung von Wohngeldanträgen ist durchzusetzen.

580 - das Bewusstsein in der Gesellschaft zu schärfen, dass die fortschreitende Digitalisierung
581 des Lebens und die Einflussnahme von digitalen Medien in allen Lebensbereichen bei den
582 Seniorinnen und Senioren nicht nur Gutes im Sinne von Freiheit, Unabhängigkeit und
583 erleichterter Teilhabe birgt, sie schürt auch Ängste und Verunsicherung, derer wir ebenso
584 kritisch und sensibel begegnen müssen.

585

586

587

III.

588 Direkte Demokratie auch für Seniorinnen und Senioren, z.B. durch die Erweiterung von
589 Beteiligungsformen in Seniorenvertretungen oder Seniorenbeiräten, ermöglichen mehr
590 Mitbestimmung bei relevanten, die Senioren betreffende Entscheidungen. Das ist eine
591 zentrale Frage gesellschaftlicher Teilhabe.

592 Wir halten weiterhin an unserer Forderung nach einem Landesseniorenmitwirkungsgesetz
593 fest.

594 Auf allen parlamentarischen Ebenen sind gesetzliche Regelungen zur Bildung selbst gewählter
595 Seniorenvertretungen mit Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht zu schaffen.

596 Seniorenvertretungen müssen stärker Einfluss auf die Erarbeitung und Realisierung von
597 Senioren-, Altenhilfeplänen sowie anderer seniorenpolitischer Instrumentarien nehmen, um

598 mehr Mittel und Möglichkeiten für ältere Menschen zu erschließen und sinnvoller einzusetzen.
599 Eine bessere Vernetzung der regionalen und überregionalen Angebote, Einrichtungen und
600 Dienstleister muss forciert werden.
601 Netzwerkbüros sind dazu in der Praxis hilfreich.

602

603 Unsere Forderungen in den Kommunalparlamenten dieses Landes müssen sein:

604

605 - dass die Seniorenpolitik auf der kommunalen Ebene einen höheren Stellenwert erhält. Der
606 demographische Wandel erfordert von den Politikern der Städte und Gemeinden einen
607 Bewusstseinswechsel im Umgang mit kommunaler Seniorenpolitik – diese muss unbedingt
608 gestärkt werden.

609

610 - die Gewährleistung des solidarischen Zugangs älterer Menschen zu Bildungseinrichtungen,
611 Kultur, Kunst und Internet – auch durch Altersarmut bedrohten Seniorinnen und Senioren darf
612 der Zugang nicht verwehrt werden, dies fördert die Teilhabe an der Gesellschaft und die
613 geistige Aktivität.

614

615 - dass sich das Verständnis für mehr „Sicherheit im Alter“ im Werteverständnis der
616 Gesellschaft verankert – Es sind die politischen, sozialen, rechtlichen und infrastrukturellen
617 Voraussetzungen auf allen politischen Ebenen mit dieser Zielstellung zu verfolgen,
618 auszugestalten und vorhandene Defizite zu beseitigen. Hilfs- und Beratungsangebote sind
619 auszubauen – Prävention und Aufklärung sind stärker zu fördern.

620

621 - dass Altersdiskriminierung und Gewalt an Älteren in der Gesellschaft ernst genommen wird
622 und „mehr Achtung vor dem Alter“ wieder in allen Generationen selbstverständlich wird,

623

624 - dass das ehrenamtliche Engagement von Seniorinnen und Senioren auf allen Ebenen
625 gestärkt wird. Ehrenamtliches Engagement als Ersatz für den Rückzug des Staates lehnen wir
626 kategorisch ab.

627

628

629 Wir Seniorinnen und Senioren der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt nehmen ebenso die
630 Seniorenpolitischen Standpunkte der Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE
631 LINKE. als Handlungsgrundlage für unser Tun an.

632

633 Wir sehen die Herausforderungen in der heutigen immer älter werdenden Gesellschaft als
634 gegeben an und bitten die jüngere Generation unserer Genossinnen und Genossen uns zu
635 helfen, unseren Forderungen mehr Gehör und Gewicht auf allen politischen
636 Entscheidungsebenen zu geben.

637

638 Der Generationenzusammenhalt muss auch in unserer Partei real gelebt werden.

639

640

641

642

643

644

645

646

1 Antragsteller*innen: Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Alexander Sorge,
2 Michael Teske, Volker Bloch, Karin Treder, Daniel Schulz, Edelgard Sorge, László Müller, Dr.
3 Jurik Müller (alle Kreisverband Saalekreis) – 14. Oktober 2018

4 5 **Ersetzungsantrag**

6
7 **zum Antrag »Es braucht linke Einwanderungspolitik« der Linksjugend [‘solid] Sachsen-**
8 **Anhalt an die 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-**
9 **Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg**

10 11 **Es braucht Herz, Verstand und Ehrlichkeit** 12 *(und weniger Lenin-Zitate)*

13
14 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat sich innerhalb der letzten beiden Jahre intensiv mit dem
15 Antrag der Linksjugend[‘solid] in den Kreis- und Stadtverbänden beschäftigt. Wir führen die
16 Debatte um Asyl, Migration und Einwanderung offen.

17
18 Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht fest, dass das Recht auf Asyl nicht weiter ausgehöhlt
19 werden darf und fordern die vollständige Beseitigung der seit 1993 gemachten
20 Einschränkungen. Flüchtlinge, die aufgrund von Krieg, Terror und
21 Menschenrechtsverletzungen ihre Heimat verlassen, brauchen unsere uneingeschränkte
22 Hilfe. Die Tür vor der Nase zuzuschlagen ist keine Antwort, sondern Verrat an unseren
23 humanistischen Grundwerten. Dies meint offene Grenzen. Wenn es uns nicht gelingt, die
24 Lebensbedingen vor Ort zu verbessern, wird uns und den fliehenden Menschen keine Mauer
25 oder Grenze nützen. Dies meint offene Grenzen. Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht ebenso
26 fest, dass wir keinem Menschen vorschreiben, wo er leben will. Wir haben volles Verständnis
27 für jeden Menschen, der auf der Suche nach einem besseren Leben sich eine neue Heimat
28 sucht. Auch das meint offene Grenzen.

29
30 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt stellt fest, dass die Bemühungen zur Integration bei uns
31 ankommender Menschen unzureichend sind. Dies liegt nicht am fehlenden Engagement oder
32 der fehlenden Bereitschaft in unserer Gesellschaft, sondern am fehlenden politischen Willen.
33 Dies kritisieren wir scharf. Auch Menschen, die nur vorübergehend Schutz bei uns suchen,
34 sollten bestmöglich in unserer Gesellschaft aufgenommen werden. Die Verweigerungshaltung
35 der Bundesregierung, hier ankommende Menschen zu integrieren und in unsere Gesellschaft
36 aufzunehmen ist der Hauptgrund, die Hauptursache für den derzeitigen Riss in unserem Land.

37
38 Von Seiten der Bundesregierung und der EU liegen zum jetzigen Zeitpunkt keine nachhaltigen
39 Konzepte vor, um die Fluchtursachen langfristig und nachhaltig zu dämpfen. Das fehlende
40 Verständnis, die fehlende Weitsicht und die fehlende Entschlossenheit zeugen von der
41 politischen Stagnation in unserem Land. Sie öffnen Tür und Tor für den Einfältigen. Der
42 »Marshallplan für Afrika« auf der einen und die Abschottungs- und Grenzsicherungspolitik mit
43 den damit einhergehenden Hilfen für afrikanische Diktatoren, wie den sudanesischen
44 Präsidenten Omar al-Baschir und diverse libysche Milizen, sind unmenschlich und langfristig
45 wirkungslos. Wir haben ein anderes Verständnis von vorausschauender Politik und
46 Gestaltungswillen.

47

48 Wir werden die Herausforderungen der Migration nicht alleine bewältigen können. Die
49 Unterstützung aller sich ihrer Verantwortung bewusst seienden Länder, insbesondere der EU-
50 Länder, ist notwendig und willkommen. Allein auf diese Unterstützung zu warten und darauf
51 zu vertrauen, dass sich alle dieser Verantwortung bewusst werden, kann nicht unser Maßstab
52 sein, es gilt die Initiative jetzt zu ergreifen. Dies können wir auf Grund von Grenzen.

53

54 Wir brauchen eine Reform der internationalen Flüchtlingspolitik und treten für eine
55 nachhaltige und gerechte Weltwirtschaft ein. Entwicklungsgelder müssen eingesetzt werden,
56 um Menschen zu schützen, ihnen dauerhafte Perspektiven zu geben und die friedliche
57 Konfliktlösung zu fördern.

58 Wir müssen die wahre Ursache, die globalen Ungleichheitsstrukturen, von Flucht und
59 Vertreibung klar benennen. Die derzeitige Politik ist reine Symptombekämpfung und
60 verantwortungslos.

61

62 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt weiß, dass eine polemisch und engstirnig geführte Debatte keine
63 Antwort auf die Frage: Wie weiter in der Flüchtlingspolitik? geben wird. Wir brauchen die
64 unaufgeregte, mit Herz, Verstand und Ehrlichkeit geführte Debatte und keine Beschlüsse, die
65 nicht geführte Debatten beenden wollen ohne Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

Die Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt übernimmt diesen Ersetzungsantrag mit geringen Änderungen im grau gekennzeichneten Abschnitt.

Die Antragsteller*innen des Ersetzungsantrages sind mit den geringen Änderungen einverstanden.

1

2

3 Antragsteller*innen:

4 Janina Böttger, Birke Bull-Bischoff, Henriette Quade, Wulf Gallert, Jörg Schindler

5

6

7

Ersetzungsantrag

8

9 **zum Antrag der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt**

10 **an die 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei**

11 **DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg**

12

13 **Ab Zeile 687 ersetzen:**

14

15

Es braucht linke Einwanderungspolitik

16

17 Wie kaum eine andere hat die Debatte um eine humanistische Einwanderungspolitik das
18 Klima in der Gesellschaft bestimmt. Auch auf diese wichtige Zukunftsfrage muss DIE LINKE
19 Antworten geben und Angebote unterbreiten. Deshalb braucht es Vorstellungen für eine linke
20 Einwanderungspolitik. Auch unsere Wähler*innen wollen wissen, wie wir uns aus linker
21 Perspektive Einwanderung vorstellen, welche Prämissen für uns dabei wichtig und welche
22 unverhandelbar sind.

23 Unsere Vorstellungen und Grundsätze sollen einfließen in ein Einwanderungskonzept, dass
24 von der Partei insgesamt getragen und spätestens Ende 2019 der Öffentlichkeit vorgestellt
25 werden sollten.

26

27 DIE LINKE ist die Alternative zum Mainstream der Abschottungs- und Abschiebeparteien. Wir
28 bekennen uns glaubwürdig und konsequent dazu: Wir wollen eine Gesellschaft mit offenen
29 Grenzen für alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrem
30 sozialen Status.

31

32 Damit verbinden wir ein konkretes Angebot radikaler Reformpolitik: Es braucht linke
33 Einwanderungspolitik. Grundlage unserer Politik ist: Migrant*innen und Geflüchtete sind kein
34 Humankapital. Sondern es muss darum gehen, das Zusammenleben aller, die hier leben, zu
35 organisieren.

36

I. Soziale Gerechtigkeit und Demokratie für alle, die hier leben (wollen)

38

39 Immer mehr Menschen werden in Deutschland aufgrund ihres sozialen Status ausgegrenzt,
40 entwertet und entrechtet, viel zu viele Menschen erhalten nicht die Hilfe, die sie brauchen,
41 um teilzuhaben an Bildung, an Kultur, an Demokratie. Ein eiserner Vorhang steht zwischen
42 den Vierteln, Schulen, Milieus der Reichen auf der einen Seite und denen der Armen auf der

43 anderen Seite. ~~und in der~~ Die öffentliche Sicherheit *leidet* vor allem unter einem Mangel an
44 sozialer Sicherheit ~~leidet~~. Das alles sind keinesfalls die Folgen von Flucht und Migration. ~~Im~~
45 ~~Gegenteil~~: Diese Formen der Ausgrenzung und ihre Folgen betreffen *aber* auch Migrant*innen
46 und Geflüchtete, ~~aber~~ oft in schärferer Weise.
47 Sie ist das Resultat einer Politik, die Gewinne privatisiert und Risiken vergesellschaftet, eine
48 Politik, die Reiche reicher *macht* und Arme immer weiter ausgrenzt – eine Politik, die spaltet
49 und versucht, die Empörung über gesellschaftliche Missstände und Probleme auf
50 Migrant*innen zu richten und auf Migrationspolitik zu reduzieren. Dem wird DIE LINKE immer
51 entschieden entgegentreten.

52 **Gute Arbeit und gute Löhne für alle!**

53 Wer in Deutschland lebt, soll auch in Deutschland arbeiten dürfen, um dieses Leben zu
54 finanzieren. Dafür brauchen Migrant*innen und Geflüchtete, ebenso wie Deutsche, auch die
55 angemessene Bezahlung: Ausnahmen beim Mindestlohn und bei Tarifverträgen darf es nicht
56 geben, im Gegenteil müssen Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenrechte gestärkt
57 werden. Um sich gegen Lohndrückerei, schlechte Arbeitsbedingungen und Benachteiligung
58 zu wehren, brauchen Migrant*innen und Geflüchtete als Arbeitnehmer*innen die gleichen
59 Rechte und Möglichkeiten zur Selbstorganisation, vor allem aber brauchen sie die Solidarität
60 der anderen Beschäftigten. Solidarität ist die bewährte Waffe der Ausgebeuteten. Dessen ist
61 sich die politische Linke als internationale Bewegung seit über hundert Jahren bewusst und in
62 dieser Tradition steht auch DIE LINKE.

63 **Berufliche Anerkennung und Weiterbildung für Zugewanderte**

64 Viele Menschen, die nach Deutschland kommen, sind bereits qualifiziert. Die Anerkennung
65 ausländischer Abschlüsse ist schon für EU-Bürger wenigstens verbesserungswürdig. Aber
66 auch die Abschlüsse von Nicht-EU-Bürgern müssen anerkannt werden, damit diese ihren
67 Beruf weiter ausüben können – damit muss natürlich auch die Möglichkeit zur Fortbildung
68 einhergehen. Migrant*innen und Geflüchtete brauchen ebenso wie Einheimische einen
69 offenen, unkomplizierten Zugang zu Bildung, auch jenseits beruflicher Weiterentwicklung.

70 **Soziale Sicherheit, unabhängig von Herkunft und Status**

71 Wer in Deutschland lebt, soll das gleiche Recht auf soziale Sicherheit genießen. Niemand soll
72 unter ein menschenwürdiges Existenzminimum fallen können. Niemandem soll sozialer
73 Aufstieg unmöglich gemacht werden, schon gar nicht aufgrund der sozialen oder
74 geografischen Herkunft. Die Abschottung zwischen sozialen Milieus, die die Angleichung der
75 Lebensverhältnisse verhindert und den sozialen Frieden gefährdet, darf durch den Staat nicht
76 weiter zementiert, ihr muss entgegengewirkt werden. Menschen dürfen nicht in Lager und
77 zentrale Aufnahmeeinrichtungen gepfercht werden. Stattdessen sollen sie während der
78 Dauer des Asylverfahrens nach einer kurzen Übergangszeit der Registrierung ihren Wohnort
79 selbst auswählen können. Auch für sie sollen die Regeln der Sozialgesetzgebung
80 uneingeschränkt und gleichermaßen gelten. Ankerzentren und dauerhafte zentrale
81 Unterbringung lehnen wir ab.

82 **Sprachliche, kulturelle und psychosoziale Unterstützung**

83 Eine neue Sprache, eine andere Kultur, ein unvertrautes politisches System oder auch nur
84 den deutschen Behördenschwung allein kennenlernen zu müssen, erschwert nicht nur die

85 Integration in eine Gesellschaft, sondern vor allem den Alltag. Um über diese Gräben Brücken
86 zu schlagen, braucht es ganz unabhängig vom Aufenthaltsstatus flächendeckend und
87 kostenlos Sprachkurse, demokratische politische Bildung und viele weitere
88 Unterstützungsangebote. Viele Geflüchtete, aber auch Migrant*innen haben in ihren
89 Herkunftsländern Not und Gewalt erlebt. Mit solchen Erfahrungen umzugehen, braucht oft
90 psychosoziale Hilfe und Psychotherapie. Die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen, hilft
91 allen, die sie brauchen. Viele dieser Unterstützungsangebote werden heute bereits durch
92 ehrenamtliche Helfer*innen ermöglicht und durch Menschen, die weit über ihre beruflichen
93 Verpflichtungen hinausgehen: Ihr Engagement soll nicht ersetzt, sondern unterstützt werden
94 und Anerkennung finden. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen gilt es ebenso einzubeziehen, wie
95 die Perspektive von Selbstorganisationen von MigrantInnen. Auf diese Voraussetzungen
96 gesellschaftlicher Teilhabe soll ein gesetzlicher Anspruch bestehen.
97

98 **II. Asyl, Flucht und Einwanderung**

99 **Fluchtursachen bekämpfen**

100 Für DIE LINKE steht fest, dass Fluchtursachen bekämpft werden müssen, nicht etwa um
101 Menschen davon abzuhalten nach Deutschland zu fliehen, sondern weil wir den Anspruch
102 haben, dass jeder gut leben können muss, egal wo. Dazu gehört neben dem
103 selbstverständlichen sofortigen Stopp von Waffenexporten und friedlichen Konfliktlösungen
104 auch eine gerechte Handels- und Weltwirtschaft. Wir stehen für eine
105 Entwicklungszusammenarbeit, die das Leben der Menschen vor Ort verbessert, statt den
106 Interessen der Wirtschaft zu dienen. An die Stelle von Profitorientierung muss eine
107 solidarische wirtschaftliche Zusammenarbeit treten, die auf Wahrung von Menschenrechten,
108 insbesondere auf Mitbestimmung und Rechtsstaatlichkeit gerichtet ist.

109 **Das Recht auf Asyl - ein unverhandelbarer Akt der Menschlichkeit**

110 DIE LINKE hat eine klare Position zum Recht auf Asyl: Der Schutz vor Krieg, vor Not und
111 Verfolgung ist ein Menschenrecht und kann nicht verwirkt werden. Dieses Recht auf Schutz
112 darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern ein
113 unverhandelbarer Akt der Menschlichkeit. Es dürfen keine weiteren Vorwände erfunden
114 werden, um Menschen entweder sterben zu lassen oder sie ihrem Tod auszuliefern. Wir
115 fordern ausdrücklich die Wiederherstellung des Asylrechts in seiner verfassungs- und
116 einfachverfahrensgesetzlichen Regelung bis 1993.

117 **Für eine faire Ausgestaltung des Asylrechts in der EU**

118 Wenn dieses Recht nicht nur ein leeres Versprechen sein soll, muss es in einem fairen
119 Verfahren eingefordert werden können. Dafür braucht es nicht Mauern oder Lager um
120 Europa, sondern legale Einreisemöglichkeiten an den Grenzen der Europäischen Union. Eine
121 umfassende Prüfung des Asylrechts an den EU-Außengrenzen oder in den
122 Auslandsvertretungen der EU-Staaten ist derzeit praktisch unmöglich und für die Betroffenen
123 nicht zumutbar. Statt Schnellverfahren braucht es personell und finanziell angemessen
124 ausgestattete Behörden und Gerichte auf der einen Seite und das unbedingte Recht auf
125 einen Rechtsbeistand und einen Dolmetscher auf der anderen Seite. Migrations- und
126 Fluchtpolitik müssen zudem als europäische Verantwortung und damit auch Aufgabe
127 verstanden werden. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Dublin-Regelungen und

128 stattdessen Asylverfahren nach dem Prinzip des “first trial”¹ sowie endlich den ernsthaften
129 Versuch gemeinsamer europäischer Lösungen statt nationalstaatlicher Dominanz und
130 Konkurrenz. Es darf nicht länger darum gehen, Menschen wie Waren gegeneinander
131 aufzurechnen. Eine gelingende Integration erfordert natürlich auch die Umsetzung des Rechts
132 auf Familiennachzug.

133 **Seien wir endlich realistisch: Deutschland ist ein Einwanderungsland.**

134 Linke Einwanderungspolitik erkennt an: Migrationsbewegungen gab es historisch schon
135 immer. Menschen überwinden Grenzen und ganze Kontinente. Die Gründe dafür sind
136 vielfältig: Flucht vor Hunger und Armut und politischer Verfolgung zählen genauso dazu, wie
137 die Suche nach einem Arbeitsplatz. An ihren neuen Lebensorten entwickeln Menschen
138 soziale Bezüge und tragen zum gesellschaftlichen Leben bei. Sie gründen Familien, beteiligen
139 sich am politischen Gemeinwesen und am kulturellen Leben. Deutschland ist schon seit
140 Jahrzehnten Einwanderungsland. DIE LINKE will diese Realität endlich aktiv gestalten.
141 Abschottung und Diskriminierung führen nur zur Verschärfung sozialer Konflikte. Eine
142 realistische Einwanderungspolitik setzt daher auf Ermöglichen und Ordnen: Wer in
143 Deutschland leben will, soll das auch dürfen.

144

145 Bildung, Arbeit, ein gutes Leben ist ein legitimer Wunsch, dem bereits jetzt innerhalb
146 Deutschlands und innerhalb der EU viele Millionen Menschen unbürokratisch und
147 unproblematisch nachgehen können, indem sie ihre Geburtsorte und -länder verlassen.
148 Dafür soll sich niemand rechtfertigen oder gar auf soziale, politische und wirtschaftliche
149 Rechte verzichten müssen. Abschiebungen im Allgemeinen, insbesondere aber als
150 Strafrechtsverschärfung nur für Ausländer*innen, lehnt DIE LINKE ab.

151 **Für ein Einwanderungsgesetz nach sozialen Anknüpfungspunkten**

152 Wir fordern gesetzliche Regelungen, die die Erlaubnis, nach Deutschland einreisen und sich
153 hier niederlassen zu dürfen, nicht mehr als Ausnahmefall ansehen, dessen strenge
154 Voraussetzungen jede*r Einzelne zu beweisen hat, sondern als Regelfall. Ausnahmen von
155 diesem Regelfall müssen schwerwiegende außen- oder sicherheitspolitische Gründe haben,
156 beispielsweise Kriegsverbrechen oder Spionage für einen anderen Staat. Sie müssen in
157 jedem Einzelfall gerichtsfest nachgewiesen werden. An die Stelle des restriktiven
158 Aufenthaltsgesetzes muss ein Einwanderungsgesetz treten, das sich der Realität stellt indem
159 es umfassende und geregelte Möglichkeiten der legalen Einwanderung schafft und
160 Zuwander*innen dabei hilft, soziale Anknüpfungspunkte zu finden.

161

162 Diese legalen Einwanderungsmöglichkeiten müssen in einem geregelten Verfahren zu einer
163 schnellen Integration und Teilhabe der Zuwanderer*innen führen.

164 **Für volle demokratische Rechte und Staatsangehörigkeit**

165 Wer für längere Zeit in Deutschland lebt, muss ohne weitere Anforderungen einen Anspruch
166 auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Wer fester Teil einer Gesellschaft ist, muss auch

¹ “First trial” bedeutet, dass Asylbewerber*innen entscheiden können, in welchem EU-Staat sie ihre Asylverfahren (einmalig) durchlaufen wollen. First trial vermeidet Zuständigkeitsprobleme (wie bei Dublin) und ist ein humaneres Verfahren, weil Familien nicht getrennt werden bzw. die Asylbewerber*innen dort hingehen können, wo sie zum Beispiel aufgrund der Sprachkenntnisse am besten agieren können.

167 rechtlich so behandelt werden und insbesondere politische Vertretung über das aktive und
168 passive Wahlrecht erhalten. Wohin sich diese Gesellschaft entwickelt, geht alle Menschen an.
169 Auch wer hier geboren wurde, muss unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Eltern alle
170 mit der deutschen Staatsbürgerschaft verbundenen Rechte genießen, um fester Teil unserer
171 Gesellschaft werden zu können. Die mehrfache Staatsangehörigkeit ist eine erhebliche
172 Erleichterung demokratischen Zusammenlebens in Deutschland und entspricht der
173 Lebenswirklichkeit vieler Migrant*innen. Dementsprechend wollen wir das
174 Staatsangehörigkeitsrecht ändern.

175 **So schaffen wir das: Mit einer sozialen Offensive für alle.**

176 Ein gutes Zusammenleben ist nicht voraussetzungslos. Eine auf Partizipation und
177 Anerkennung basierende Gesellschaft braucht eine soziale Infrastruktur, die dem öffentlichen
178 Bedarf verpflichtet ist. Und sie braucht gleiche Rechte für alle Menschen, einen wirksamen
179 Schutz vor Diskriminierung und die Möglichkeit, sich sozial, kulturell und politisch
180 einzubringen. Wir sehen Integration als Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Damit sie nicht
181 auseinanderdriftet, müssen Strukturen der Beteiligung und des Zusammenhalts geschaffen
182 werden. Integration ist keine Bringschuld der Einzelnen, sie braucht die Haltung einer
183 Gesellschaft, die auch bereit ist, sich zu verändern, auch anderen kulturellen und sozialen
184 Vorstellungen vom Zusammenleben mit Wertschätzung, mindestens aber mit Respekt zu
185 begegnen. Der Rahmen dafür sind die Grund- und Menschenrechte aller.

186 Wir kämpfen deshalb für gleiche Rechte und eine soziale Offensive für alle. Das ist das beste
187 Mittel gegen die Brutalisierung der Gesellschaft und reaktionäre Antworten auf die Krisen.

188 DIE LINKE steht an der Seite aller, die für Bewegungsfreiheit, Grundrechte und soziale
189 Gerechtigkeit für alle eintreten.

190

191 Begründung:

192 Der Antrag der Linksjugend [‘solid] wurde im Mai 2017 an die 2. Tagung des 6.
193 Landesparteitages gestellt und von diesem an den Landesvorstand verwiesen. Der
194 Landesvorstand beschloss daraufhin, dass dieser Antrag aufgrund der Komplexität des
195 Themas Einwanderungspolitik breit in der Basis diskutiert werden sollte. Es haben daraufhin
196 etliche BO-Sitzungen, Stadt- und Kreisvorstandssitzungen, andere Gremiensitzungen und
197 Veranstaltungen zu diesem Thema stattgefunden, auf denen das Thema diskutiert und auch
198 kontroverse Ansichten ausgetauscht werden konnten.

199

200 Es ist daher aus Sicht der Antragsteller*innen notwendig, dass der Antrag der Linksjugend
201 eine Aktualisierung erfährt, der auch die Diskussionen widerspiegelt. Mit den Änderungen
202 und dem ursprünglichen Antrag der Linksjugend soll die breite Diskussion zum Thema
203 Einwanderungspolitik keinesfalls beendet werden, sondern zielgerichteter geführt werden
204 und auch auf anderen Ebenen, nämlich in der ganzen Partei und auch auf der Bundesebene.
205 Mit der Entwicklung eines Einwanderungsgesetzes auf Bundesebene und der dazugehörigen
206 breiten Debatte in der Gesamtpartei sehen wir einen guten Weg, die Frage zu beantworten,
207 wie wir die Forderung nach offenen Grenzen untersetzen und konkret Einwanderung
208 gestalten können.

209

210 Wir stehen dabei zu dem auf dem Leipziger Parteitag beschlossenen Dreiklang: Menschen in
211 Not zu helfen (legale Fluchtwege, Sterben im Mittelmeer beenden, offene Grenzen),

212 Fluchtursachen zu bekämpfen und mit einer sozialen Offensive, das Leben für alle Menschen
213 besser zu machen.

Bisher bekannte Kandidaturen

Stand: 16. Oktober 2018

Stellvertretender Landesvorsitzender:

| | |
|----------------|---------|
| Mario Blasche | Stendal |
| Gabriel Rücker | Börde |

Landesfinanzrevisionskommission:

| | |
|------------------|-----------|
| Chris Scheunchen | Magdeburg |
|------------------|-----------|